



JAHRESBERICHT



TEAM DROP OUT

INHALT

4

2020 – EIN UNGEWÖHNLICHES JAHR

Einleitung

5

INTERNE STRUKTUREN

8 | Wir übersetzen für unsere Adressat*innen... • **10** | ...und für die Entscheider*innen aus politischer und behördlicher Ebene.

6

BESONDERE EREIGNISSE

6 | Nacht der Solidarität • **7** | Hausbesetzung in der Habersaathstraße

9

AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE

Unsere Adressat*innen fanden sich plötzlich in einer Extremsituation wieder. Doch es zeigten sich viele Menschen auch solidarisch.

12

ENTWICKLUNGEN IN DEN UNTERSCHIEDLICHEN REGIONEN

12 | Team Mitte

Brennpunkte 12 •
Netzwerkarbeit 16 • Haus der Statistik 17 •
Ausblick 2021 18

19 | Team Neukölln

Beginn der Arbeit 20 •
Gemeinwesenarbeit und Kooperation 20 •
Ziele 22

23 | Team Xhain

Neue Kontakte erschlossen & alte intensiviert 23 •
Berichte aus dem Görlitzer Park 25 •
Fallbeispiele 28 • Rummelsburger Bucht 33

34 | Team Focus

Bahnhof Lichtenberg 34 •
Ostbahnhof 37 • Bahnhof Zoo und Umgebung 39 • Hansaplatz 39 • Projekte des Teams 42

43 | Team Spree

46 | Überregionales Clearing und „Dispatching“

48

STATISTISCHE ANGABEN

49 | Alter • **50** | Geschlechterverteilung •
50 | Staatsangehörigkeit • **51** | Menschen mit Fluchterfahrung • **52** | Problemlagen •
53 | Unterkunftssituation • **54** | Wohnungsnotfall • **54** | Krankenversicherung •
55 | Einkommen • **56** | Leistungserbringung •
57 | Zielerreichung

58

FAZIT UND AUSBLICK

60

ALLGEMEINE ANGABEN

60 | Focus • **61** | Mitte • **60** | Neukölln •
62 | Xhain • **62** | Spree

KAPITEL #1: EINLEITUNG

2020 – ein ungewöhnliches Jahr

Im Jahr 2020 wurde die Arbeit des Drop Out-Teams fortgesetzt, wenn auch unter äußerst ungewöhnlichen Bedingungen.

Die dynamischen Veränderungen unter Pandemiebedingungen und die damit verbundenen Herausforderungen für die Straßensozialarbeit in den unterschiedlichen Regionen, die von den verschiedenen Teams von Drop Out abgedeckt werden, prägen den Jahresbericht und werden ausführlich unter den Punkten 4. und 5. beschrieben.

Das Jahr begann jedoch bereits vor und mit der ersten „Nacht der Solidarität“ vom 29. auf den

30. Januar 2020 für die Wohnungslosenhilfe und deren Adressat*innen politisch ambivalent. Hiermit und mit der Hausbesetzung durch von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen in der Habersaathstraße beschäftigt sich unser Jahresbericht unter Punkt 3.: Besondere Ereignisse 2020.

Zwischendrin, aber insbesondere unter Punkt 7., wagen wir trotz aller Unwägbarkeiten den Ausblick auf unsere Arbeit in Zeiten von Diskontinuität und Unsicherheit durch die Pandemie für die Menschen, mit denen wir arbeiten.



KAPITEL #2

Interne Strukturen

Auch im Jahr 2020 wurde die Beobachtung der Verteilung der Obdachlosenszene in ganz Berlin bestätigt. Demnach bewährte sich auch die 2018 durchgeführte interne Neustrukturierung weiterhin. Um die damals neu erschlossenen Bereiche besser abdecken zu können, wurden alle Stellen innerhalb der Teams besetzt, was die innerhalb der Straßensozialarbeit sehr relevante Kontinuität und Flexibilität besser umsetzbar machte. Im Jahr 2020 wurde das Team Drop Out um ein neues Team erweitert. Nach einer Felderkundung wurde auch innerhalb Neuköllns ein Bedarf an Straßensozialarbeit deutlich, woraufhin das neue Team Drop Out Neukölln ins Leben gerufen wurde. Drei Kolleg*innen sind demnach jetzt mehrfach wöchentlich in den Bereichen Hermannplatz, Hermannstraße, Hasenheide und S+U-Bahnhof Neukölln unterwegs. Auch die weiten Umge-

Bestimmen wir die Politik oder bestimmt die Politik über uns?

bungen dieser Bereiche werden in Rundgänge einbezogen. Dadurch konnte Gangway den Bereich der Arbeit mit erwachsenen Wohnungslosen im Jahr 2020 weiter ausbauen und festigen.

Dadurch konnten neben den bereits besuchten auch in Neukölln weitere Gremien besucht werden. Bereits durch Drop Out abgedeckt werden folgende Arbeitskreise und Fachgremien:

- AG Alexanderplatz
- AG EU-Zuwanderung
- AG Leben mit Obdachlosen
- AG ProstSoz
- AG Wohnungslosigkeit in Mitte
- AK City
- AK Stricher
- AK Wohnungsnot
- Fachgruppe Kurfürstenstraße

Neu hinzu kamen:

- AG Mobile
- Fairplay im Park
- AG Soziales

³ Siehe:

- **Jahresbericht 2018** https://gangway.de/download/ueber-uns/gangway-jahresberichte/2018_Jahresbericht_DropOut_Streetwork_mit_Erwachsenen_2.pdf
- **Jahresbericht 2019** <https://gangway.de/download/ueber-uns/gangway-jahresberichte/2019-Jahresbericht-DropOut-Gangway.pdf>

KAPITEL #3

Besondere Ereignisse

NACHT DER SOLIDARITÄT

Mitarbeitende der unterschiedlichen Teams des Vereins haben an der Zählung obdachloser Menschen, welche dem Modell von New York folgte, teilgenommen.

Da die Zählorte auch durchaus bekannt waren und sich mit den regulären Rundgängen überschneiden, lässt sich sagen, dass weniger Personen in dieser kalten Nacht vor Ort angetroffen wurden als zu erwarten waren. Daraus ergab sich bereits zu dem Zeitpunkt die mögliche Konsequenz, dass die Anzahl der gezählten Menschen niedriger ausfallen könnte als die der von Gangway versorgten Personen. Dadurch entstand die Vermutung, dass diese Differenz dem Wirken von Informationsflyern mit dem Titel „Macht der Solidarität“ geschuldet sein könnte. Diese Flyer riefen zu einer Großdemonstration gegen die „Nacht der Solidarität“ auf. Gegenstand der Demonstration waren u.a. Verdrängung und explodierende Mietpreise sowie die Deckelung dieser im kritischen Diskurs. Nicht zuletzt wurde jedoch Abstand

von potenziell bewohnten Zelten genommen, um die darin lebenden Menschen nicht zu stören. Diese Wirkfaktoren dürfen bei der Anzahl der gezählten Menschen nicht unbeachtet bleiben.

Das Team war von Anfang an bei der Vorbereitung für diese Nacht dabei und wir haben uns vor keiner kritischen Auseinandersetzung gescheut. Da wir im Expert*innenbeirat fungierten, konnten wir mit unserer fachlichen Perspektive dazu beitragen, im Bereich der Sensibilität – angefangen von der Frage, wie denn obdachlose Personen anzusprechen und ihnen zu begegnen sei – Feinfühligkeit zu vermitteln. Da wir täglich mit dieser Zielgruppe arbeiten, überraschten uns die einen oder anderen Fragen und wir mussten uns vor Augen halten, dass oftmals der Zivilgesellschaft der Kontakt zu benachteiligten Mitbürger*innen, deren Lebensmittelpunkt auf die Straße verlagert ist, fernliegt und es Unsicherheiten gibt, auf die Personen zuzugehen. Die anfänglichen Treffen in der Vorbereitungsgruppe schienen zunächst mehr Fragen aufzuwerfen, welche erst nach und nach Antworten finden konnten.

Oftmals wurde unsere Erfahrung in der Praxis als wertvolles Instrument zur weiteren Vorbereitung auf dem Weg, Licht in das Dunkel der ersten Berliner Zählung zu bringen, angenommen.



men. Wir wussten vor der Zählung trotz unserer Mitarbeit im Expert*innenbeirat nicht darüber Bescheid, was mit den erhobenen Daten hinsichtlich weiterem Handeln geschehen wird.

Was auch ein Jahr nach der Aktion noch offen bleibt, ist die Unsicherheit hinsichtlich der Konsequenzen der Zählung für das Helfer*innensystem: Da sich eine hohe Dunkelziffer der Gezählten vermuten lässt, stellt sich die Frage, ob nun in weiterer Folge ein Sozialabbau stattfinden wird oder nicht. Damit in Konflikt steht die höhere Nachfrage nach Hilfsangeboten im Vergleich zum Angebot der Stadt.

Es herrscht nun ein breiteres Wissen hinsichtlich des Alters, Geschlechts und der Herkunft bzw. Dauer, wie lange sie schon auf der Straße leben. Und nun?

Ziel war es, neben der impliziten Aufklärung der restlichen Bevölkerung, mittels der Erhebung in Zukunft das Helfer*innensystem der Stadt auszubauen, da damit erstmals erfasst wurde, wie viele Obdachlose sich in der Stadt aufhalten. In einer Strategiekonferenz sollte ein Zusammenwirken der Bezirke und Träger vor Ort besprochen werden, um kommunale Hilfen anzubieten. Es drängt sich die Frage auf, welche Sinnhaftigkeit einer weiteren Zählung innewohnt, wenn sich diese nicht an den Gütekriterien im Rahmen der Wissenschaftlichkeit orientiert und dadurch von Validität zeugt. In diesem Sinne muss die angedachte Zählung 2022 zwei weitere Zählungen nach sich ziehen, um eine Vergleichbarkeit dieser Zahl, welche letztlich eine Aufnahme weniger Stunden ist, zu schaffen, welche erst eine Interpretation der Daten zulässt.

Ungeachtet dessen können Zählungen jedoch nur dann ihren vollen Wert entfalten, wenn Handlungen im Sinne von Organisation benötigter Hilfen (bestenfalls Nutzung von Leerstand und möglicherweise betreute Wohnprojekte in diesem) als Konsequenz der Datenerhebung

folgen: Der Praxis entnommene und an sie angelehnte Angebote stehen der Sammlung von Datenmengen kritisch gegenüber und sind dieser klar vorzuziehen, sollte eine reale Problemlösung sich mit politischen Interessen decken. Statistische Erhebungen gibt es unzählige zu den verschiedensten Bereichen, weshalb es sehr verwunderlich ist, dass erstmals dem gesellschaftlich ausgegrenzten Personenkreis wohnungs- und obdachloser Menschen insofern Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als dass ein grober Überblick über die Anzahl der Menschen, welche oft keine Hilfen erfahren, geschaffen wurde. Nichtsdestotrotz ist die Bedeutung und der Wert der Zahl 1976 fraglich, wenn der schon seit Jahren geforderten Erhebung keine Folgetaten geleistet werden – und außerdem darf nicht vergessen werden, dass mit dieser Erhebung auch eine Dunkelziffer einhergeht.

HAUSBESETZUNG IN DER HABERSAATHSTRAßE

Am 29.10.2020 wurde eine ungewöhnliche Aktion von obdachlosen Menschen durchgeführt: Gemeinsam mit Unterstützer*innen besetzten sie acht Wohnungen in der Habersaathstraße 46 in Berlin Mitte und forderten die Beschlagnehmung des Gebäudekomplexes Habersaathstraße 40-48, um den hier vorhandenen bezugsfertigen und leerstehenden Wohnraum obdachlosen Menschen zur Verfügung zu stellen. In dem Gebäude stehen seit mehreren Jahren ca. 85 Wohnungen mit zusammen mehr als 5000 qm Fläche leer. Es handelt sich um dringend benötigten Wohnraum, der aus Profitinteressen nicht vermietet wird. Die Eigentümer*innengesellschaft möchte das Gebäude abreißen, um Luxuswohnungen bzw. ein Hotel zu errichten. Das Gebäude war einst im Eigentum des Landes Berlin, das es 2006 zu einem Preis von zwei Millionen Euro verkaufte. 2017 wurde es für den zehnfachen Preis weiterverkauft.

Die obdachlosen Besetzer*innen machten mit ihrer Aktion einerseits auf diesen Missstand und andererseits auf ihre eigene Situation aufmerksam. Gerade in Zeiten einer Pandemie, in der die Parole „Stay at home!“ allgegenwärtig ist, verdeutlichten sie, dass dies für Menschen, die kein Zuhause haben, nicht möglich ist. Sie beklagten nicht nur ihre Situation, sondern zeigten gleichzeitig einen Lösungsweg auf. Als Straßensozialarbeit schlossen wir uns den Forderungen der Besetzer*innen an. Zwar ist in Art. 14 GG das Recht auf Eigentum gewährleistet, es ist jedoch ausdrücklich mit einer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit verknüpft. Eine Beschlagnahme des Gebäudes wäre also kein Verstoß gegen Art. 14, sondern wäre im Gegenteil ganz im Sinne dieses Artikels. Außerdem sind durch Obdachlosigkeit elementare Grundrechte von Menschen verletzt, nämlich ihr Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art 2 Abs.2 GG) sowie ihre Menschenwürde (Art. 1 GG). Da die Besetzung nicht mit der Beschlagnahme, sondern der Räumung des Gebäudes endete zeigt, dass die Profitinteressen

offensichtlich höher eingestuft werden als die Interessen Wohnungsloser nach einem selbstbestimmten Leben abseits von Obdachlosenwohnheimen, in denen sie stark reglementiert werden und nicht nach ihren Vorstellungen leben können. Der Gebäudekomplex Habersaathstraße 40-48 ist schon seit langem ein Politikum, da hier die Entwicklung, Städtebauplanung vorwiegend unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten und an den Bedarfen der Menschen (bezahlbarer Wohnraum) vorbei zu planen, mit all seinen negativen Folgen wie Wohnungsnot und Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerung besonders deutlich wird.

Dass Obdachlose eigenständig für ihre Interessen eintreten und sich Gehör verschaffen, ist ein ungewöhnlicher Vorgang, den wir aufs Äußerste begrüßen, da Straßensozialarbeit immer das Ziel hat, dass die Menschen, mit denen wir arbeiten, ohne uns aktiv werden.



KAPITEL #4

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Zu Beginn des Jahres 2020 breitete sich weltweit das neuartige Corona-Virus aus und führte ab März zu massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens, die auch einschneidende Folgen für wohnungslose Menschen und für das gesamte Hilfesystem inklusive der Straßensozialarbeit mit sich brachten.

Mehr als je zuvor mussten die Teams sich mit immer wieder neuen Situationen vor Ort, verändernden Angebotsstrukturen im Hilfesystem, anderer Erreichbarkeit von Verwaltungen und Behörden sowie den angepassten Regeln samt deren Folgen für die Arbeit vor Ort mit den Menschen sowie neuen Kommunikationswegen auseinandersetzen. Die eigene Arbeit musste entsprechend flexibel angepasst und auf die neuen Situationen zeitnah reagiert werden. Alles im Allem blicken wir auf ein ungewöhnliches und herausforderndes Jahr zurück, aber auch auf eines, in dem neue Räume und Orte, Ideen, Initiativen und Netzwerke für und mit von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen entstanden.

Im März änderte sich die Lebenssituation von obdachlosen Menschen mit dem ersten Lockdown in Teilen dramatisch: Nachtcafés wurden geschlossen, Notschlafplätze fielen weg, ein paar neue entstanden. Insgesamt waren

es aber im April 400 Plätze weniger als Anfang März.² Aufgrund der völlig veränderten Situation war unsere Tätigkeit auf der Straße besonders wichtig, um Adressat*innen über diese Veränderungen zu informieren.

Anfang April wurde eine Jugendherberge, die aufgrund des Lockdowns geschlossen war, als 24/7-Einrichtung für obdachlose Menschen geöffnet. Die Einrichtung war auf 200 Plätze ausgelegt. Bei Eröffnung trugen hier lediglich die Sicherheitsmitarbeitenden Schutzmasken. An der Rezeption konnten keine Abstände eingehalten werden, eine Schutzscheibe war ebenfalls nicht vorhanden. Die Unterbringung erfolgte in der Regel in Zwei-Bett-Zimmern. Auch wenn das Einhalten von Abständen theoretisch aufgrund des Platzangebotes möglich gewesen wäre, ist dies bei einer Unterbringung von 200 zum Teil stark alkoholisierten Menschen in der Realität nicht möglich. Die Einrichtung wäre unter normalen Bedingungen eine gute Ergänzung gewesen, zum Infektionsschutz trug sie jedoch nicht bei und es war ein glücklicher Zufall, dass es zu keinem Covid-Ausbruch kam. Die Jugendherberge musste ihren Betrieb aufgrund des Infektionsschutzes einstellen und mit der gleichen Begründung wurde sie für obdachlose Menschen wieder eröffnet.

Am dramatischsten in dieser Zeit war der Zu-

² GEBEWO: Berliner Kältehilfe 2019 / 2020, Auswertung für die Monate März 2020 und April 2020, Berlin 2020; online unter: https://kaeltehilfe-berlin.de/images/Auswertung_April_2020.pdf und https://kaeltehilfe-berlin.de/images/Auswertung_März_2020.pdf, Stand: 16.02.2021

sammenbruch der medizinischen Versorgung in Ambulanzen der Wohnungslosenhilfe. Die Ärzt*innen in diesem Bereich arbeiten fast ausschließlich ehrenamtlich, viele davon sind bereits in Rente, haben aufgrund dessen ein bestimmtes Lebensalter erreicht und gehörten somit zu einer besonders gefährdeten Gruppe. Es ist nachvollziehbar, dass sie in dieser Situation ihrem Ehrenamt nicht mehr nachkommen konnten, was jedoch schwerwiegende Folgen für wohnungslose Menschen hatte. Einen Kernbereich wie medizinische Versorgung auf Ehrenamt aufzubauen ist wenig sinnvoll, was sich in dieser Extremsituation sehr deutlich gezeigt hat. Wir hoffen, dass der Senat die entsprechenden Konsequenzen daraus zieht und hier künftig hauptamtliche Fachkräfte eingesetzt werden.

Viele weiterführende Hilfs- und Beratungsangebote sowie wichtige Verwaltungen und Behörden für von Obdachlosigkeit betroffene Menschen, zu denen die verschiedenen Teams von Drop Out vermitteln und begleiten, wurden entweder massiv eingeschränkt, geschlossen oder waren nur noch erschwert erreichbar. Öffentliche Toiletten, Duschkmöglichkeiten, kostenlose Angebote für Essen und Kleidung verschwanden zeitweilig oder teilweise ganz. Wir forderten eine Öffnung der Duschbereiche von Schwimmbädern und Sportplätzen für obdachlose Menschen, wie dies in Hamburg passierte. Diese Forderungen richteten wir an den Senat als auch an die Bezirke. Leider wurde

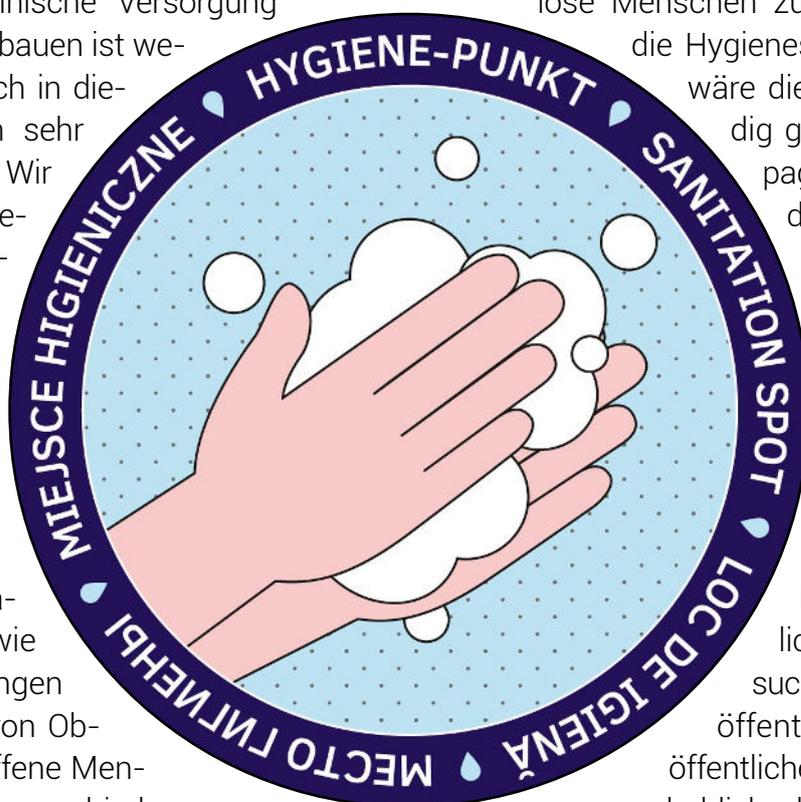
dies nicht realisiert, sodass sich die Hygienesituation zunehmend verschlechterte. Auch waren wir mit unserem Fanprojekt des 1. FC Union im Gespräch und stießen zunächst auf positive Resonanz. Leider konnten wir auch hier keine Öffnung erreichen, weil Vorbereitungen des erneuten Spielbetriebes des DFB die Ressourcen zu stark in Anspruch nahmen. Auch der Arbeitskreis Wohnungsnot startete eine Kampagne, in u.a. gastronomischen Betrieben und Bürogemeinschaften die Toiletten für obdach-

lose Menschen zu öffnen. Gerade für die Hygienesituation von Frauen

wäre dies mehr als notwendig gewesen. Diese Kampagne stieß anfangs durchaus auf Betriebe, die mitmachten. Jedoch reduzierte sich deren Zahl durch immer weiter eingeschränkte Möglichkeiten mit dem erneuten Lockdown nahezu auf Null.

Die allgemein deutlich geringeren Besucher*innenzahlen im öffentlichen und halböffentlichen Raum, nicht unerheblich bedingt durch Ge-

schäftsschließungen, Reise- und Kontaktbeschränkungen, verringerten die verschiedenen Einnahmemöglichkeiten unserer Adressat*innen, z.B. durch den Straßenzeitungsverkauf, prekäre Jobs oder das Sammeln von Flaschen. Letzteres wiederholte sich beginnend ab Oktober/ November mit dem Teil- und im Dezember mit dem zweiten Lockdown. Die Auflagen zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, öffentliche Alkoholverbote und die Begrenzung der Personenzahl in Gruppen sowie deren mal mehr



oder weniger konsequente Durchsetzung durch Polizei und Sicherheitsdienste verstärkten im ersten und insbesondere im zweiten Lockdown 2020 den Trend, dass angestammte Aufenthaltsplätze unattraktiver wurden. Die Vereinzelung und auch die Frustration der Adressat*innen nahm in diesem Zusammenhang deutlich zu und damit wurde auch die Erreichbarkeit der Menschen durch Straßensozialarbeit aufwendiger und nicht selten auch schwieriger. Zugleich entstanden mit der Kältehilfe 2020/2021 aber auch völlig neue Vermittlungsangebote für die Straßensozialarbeit, z.B. in qualitativ besser ausgestattete Hostels und in zusätzlichen ganztägigen Notunterkünften mit Sozialberatung vor Ort.

Bemerkenswert erscheint uns, dass bei Beginn der Pandemie die Leiterin der sozialen Wohnhilfe Charlottenburg-Wilmersdorf völlig unkompliziert 18 obdach-

lose Menschen nach ASOG untergebracht hat. Sie besuchte die Notübernachtung der City-Station und stellte fest, dass hier Infektionsschutz nicht möglich war. Bei der Unterbringung wurde nicht erst die örtliche Zuständigkeit geprüft, sondern der Bezirk in dem sich die Menschen aufhielten brachte unter. Erst im Nachhinein wurde die Kostenübernahme mit den anderen Bezirken, die nach der Berliner Regelung eigentlich zuständig gewesen wären geklärt. Nur eine der untergebrachten Personen war sozialleistungsberechtigt. Solch unbürokratische schnelle Hilfe wäre auch in Zeiten ohne Pandemie wünschenswert.



KAPITEL #5

Entwicklungen in den unterschiedlichen Regionen

TEAM MITTE BRENNPUNKTE

Kurfürstenstraße

Wie auch vielen anderen Ecken Berlins wird die Kurfürstenstraße immer mehr Opfer von Baumaßnahmen: Die neuen Bauten sind für Eigentumswohnungen im oberen Preissegment gedacht und wurden direkt an den Stellen errichtet, an denen Sexarbeit angeboten wird. Weitere Verdrängungseffekte sind bisweilen unklar und schwer abzuschätzen. Der „Runde Tisch Sexarbeit“ hat sich aktiv eingesetzt, den Frauen* Möglichkeiten zum Geschlechtsverkehr zu bieten, weshalb sich der Bezirk bereit erklärt hat, Verrichtungsboxen aufzustellen. Euphemistisch gesprochen waren die Toiletten mit Möglichkeit zur Verrichtung von Geschlechtsverkehr ein guter Gedanke, die Umsetzung weist jedoch erhebliche Mängel auf: Einerseits ist die Kabine sehr eng, andererseits besitzt das „Plumpsklo“ keine Abdeckmöglichkeit und einen dritten problematischen Punkt stellt der hygienische Zustand dar.

Neben den gebrochenen Ver-

sprechungen seitens des Bezirks vernahmen wir ein weiteres Problem, nämlich, dass sich zwei Bürgervereine aktiv gegen den Straßenstrich im Grenzgebiet von Mitte und Tempelhof-Schöneberg einsetzten und somit Verdrängungseffekte aktiv mitgestalten. Exemplarisch lässt sich dafür die besondere Situation bzgl. der Kurfürstenstraße 9 anführen:

Nach wie vor zeigt sich die massive Gewalt gegenüber Frauen* als Problem, eine besondere Vulnerabilität kommt dabei den Transfrauen* zu. Massive Polizeikontrollen, vor allem während des ersten Lockdowns, führten zu regelrechten Anhäufungen von Strafen ins Unermessliche und damit verbunden zu massiver Verschuldung der Adressat*innen. Durch Corona hervorgerufen wurde ein Verbot der Sexarbeit verhängt, welches durch die Exekutive mittels Taschenkontrollen vollzogen wurde. Dabei galten Kondome als Indizien für aktive Sexarbeit – darauf basierend wurden Platzverweise und Verwarnungen ausgesprochen.

Die Adressat*innen in dem Kiez, als wären die angeführten Maßnahmen nicht genug, hatten auch nahezu keine Auf-



enthaltsmöglichkeiten, da durch Kündigungen der Mietverträge einige Kaffees und Kioske geschlossen werden mussten. Dies führte dazu, dass Hilfseinrichtungen wie „Olga“ einer ständigen Überlastung ausgesetzt sind. Angesichts der Tatsache, dass aufgrund der Pandemie geringere Kapazitäten in den Einrichtungen gegeben sind, ist die Gruppe der Adressat*innen gezwungen, sich mehr auf den Straßen aufzuhalten.

Kurfürstenstraße 9

Im August 2020 bekam das Team Drop Out Mitte die Meldung des Bezirksamtes Mitte, dass im Hinterhof der Kurfürstenstraße Nr. 9 ein einstöckiges Haus illegal bewohnt wird. Da das Team Drop Out Mitte zweimal wöchentlich im Kurfürstenkiez unterwegs ist, gingen sie der Meldung nach. Vorgefunden wurde ein kleines Haus, welches von ca. acht Personen bewohnt wurde. Der Zustand des Hauses war heruntergekommen, jedoch bestand nach Meinung des Teams keine akute Lebensgefahr. Die Bewohner*innen waren bereits bekannte Personen, wodurch sich die Kontaktaufnahme problemlos gestaltete. Der Wunsch, der wiederholt von Bewohner*innen geäußert wurde, war, dass sie gerne im Haus bleiben würden und auch die Bereitschaft haben, Konflikte mit Anwohnenden zu umgehen, indem sie sich unauffällig und ruhig verhalten wollten. Das Team Drop Out Mitte suchte die Bewohner*innen, auch mit Unterstützung der aufsuchenden Mitarbeiter*innen der Sozialen Wohnhilfe Mitte, wöchentlich auf. Daraufhin wurde ein Vernetzungstreffen bezüglich des Hauses einberufen, an welchem unterschiedliche soziale Träger, Integrationsbeauftragte des Bezirksamtes Mitte und auch die Mitarbeitenden der Sozialen Wohnhilfe teilnahmen. Gegenstand des Gesprächs war die Frage des weiteren Verfahrens. Seitens des Bezirksamtes wurde bekannt, dass Anwohnende der

Kurfürstenstraße Nr. 9 sich über die Situation in ihrem Hinterhof beschwert hatten und dass der Eigentümer des Hauses sich wohl in Zypern aufhält. Zusätzlich wurde die dortige Situation als untragbar eingeschätzt und die Polizei sowie die Bauaufsicht beauftragt, sich ein Bild der Situation zu machen. Anschließend wurde aufgrund von „Gefahr für Leib und Leben“ eine Räumung und Sperrung des Hauses angeordnet. Der Wunsch der Bewohner*innen, welchen das Team stetig eingebracht hat, wurde nicht gehört. Gemeinsam mit der Sozialen Wohnhilfe wurde versucht, die Bewohner*innen unterzubringen, welche Interesse daran hatten. Nachdem jedoch das zuständige Bezirksamt aufgrund von fehlenden Ausweisdokumenten die Zuständigkeit abwies, blieb nur die Unterbringung in einer Notübernachtung. Der Zustand des Paares, welches untergebracht werden wollte, war in Bezug auf deren Gesundheit sehr schlecht. Während beide aufgrund einer Abhängigkeitserkrankung geschwächt waren, wies der Mann offene Wunden an beiden Beinen auf und konnte sich kaum fortbewegen. Nachdem die beiden ein paar Tage in einer Notunterkunft verbracht hatten, verschwanden sie. Das Team konnte sie Ende des Jahres 2020 im U-Bahnhof antreffen, wo sie zu diesem Zeitpunkt auch wohnten. Eine Rückkehr in das besagte Haus war nicht möglich, da die repressive Vorgehensweise über den Schutzbedarf der ehemaligen Bewohner*innen gestellt wurde und ein Zugang zum Haus durch Sperrung seitens des Bezirks blockiert wurde.

Im Nachhinein stellt sich dabei die Frage, weshalb der Bezirk Mitte die Räumung in unserer Wahrnehmung sehr überstürzt umsetzte und nicht die Zeit blieb, Bewohner*innen, welche den Wunsch einer Unterbringung äußerten, auch dementsprechend unterzubringen. Weiterhin wird auch hier die Willkür verschiedener Ämter deutlich, welche sich aufgrund von fehlenden



Ausweisdokumenten nicht als zuständig erachten. Dies erschwert die Arbeit immens, vor allem deshalb, weil die Arbeit der Bezirksämter sich von Bezirk zu Bezirk sehr stark unterscheidet.

Alexanderplatz

Am Alexanderplatz konnte das Team Drop Out Mitte große Veränderungen beobachten: Wohingegen noch bis Mitte des Jahres feste Gruppen anzutreffen waren, zeigte sich gegen Ende des Jahres ein anderes Bild. Immer mehr Durchreisende und „gestrandete“ Menschen aus den umliegenden EU-Ländern lösten die konsistenten Gruppen ab, welche immer häufiger aus Jugendlichen und Erwachsenen bestanden. Zuvor zeigten sich Jugendliche unter sich, mit einer klaren Abgrenzung zu den wohnungslosen Erwachsenen. Die zweite Coronawelle hinterlässt das Bild, dass Personen, die sich um den Neptunbrunnen scharten, abgewandert sind. In den Endmonaten des Herbstes und Anfang Winter waren die umliegenden Bänke, die im Sommer noch gut besucht waren, leer: Sowohl Touristen wie auch Obdachlose nutzten die Hinterseite des Alexanderplatzes nicht mehr zum Verweilen. Zudem wurde ein Plateau errichtet, auf dem die Marx-& Engelsstatue aufgestellt werden sollte, und somit lud die vorher freie, bewachsene Stelle nicht mehr zum Verweilen ein. Die gesamte Wiese vor dem Roten Rathaus, die anfangs durch die Baustelle der U-Bahn Verdrängungseffekte mit sich brachte, eignet sich nicht mehr als Aufenthaltsort für obdachlose Personen. Da am Alexanderplatz umliegend gefühlt an jeder Ecke eine Baustelle errichtet wurde, eigneten sich Stammplätze für Obdachlose auch nicht mehr, um Geld zu sammeln, und viele Menschen zogen weiter in Richtung Ostbahnhof und Bahnhof Zoo bzw. pendelten zwischen den drei Orten hin und her.

In der warmen Zeit konnten wir einige Menschen in Richtung Jannowitzbrücke sowie am Hackeschen Markt antreffen; je tiefer die Temperaturen wurden,

desto rarer gestaltete sich das Antreffen der Adressat*innen. Ein ähnliches Bild zeigte sich am Hauptbahnhof; selbst Personen, die mit dem Verkauf von Obdachlosenzeitungen Geld verdienten, zogen an andere Orte mit sinkenden Temperaturen.

Die städtische Verdrängung konnte ein wenig abgefedert werden, indem die auch aufsuchend tätigen Sozialarbeiter*innen des Bezirksamtes Mitte das Team informierten, bevor eine Stelle geräumt werden sollte. Somit war es möglich, mit den Betroffenen in Kontakt zu treten und alternative Hilfsangebote aufzuzeigen.

Besonders ins Auge stach in diesem Jahr die Häufung psychiatrisch auffälliger Personen, welchen oftmals schwer Hilfe angeboten werden kann. Einerseits, da die fachliche Kompetenz in der Sozialarbeit nicht gegeben ist, und andererseits, da es wegen fehlender Angebote eine große Schwierigkeit darstellt, Zugang zu psychiatrischen Hilfen wie beispielsweise das Wohnen in Wohngruppen zu erhalten.

Rund um den Hauptbahnhof waren von Beginn des Jahres bis Ende des Jahres weniger Personen anzutreffen. Einerseits wurden die Menschen, die Zeitungen proaktiv verkauften, von Kolleg*innen von MoBi an die Hand genommen, welche aufgrund der Sprachkompetenz bes-

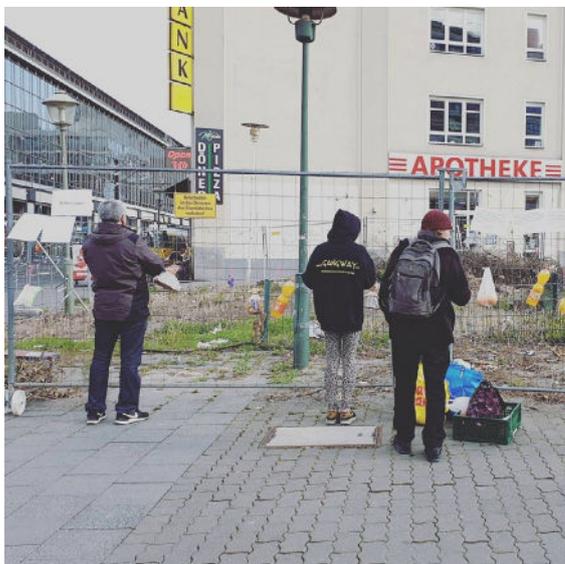
sere Dienste leisten konnten, und andererseits wurde rund um den Hauptbahnhof viel gebaut, was dazu führte, dass sich das Gelände immer weniger zum Schnorren eignete. Daher waren die Gruppen meist konsistent und nutzten das Gelände als festen Aufenthaltsort. Erfreulicherweise konnten Einzelpersonen, die sich regelmäßig etwas abseits der Gruppierungen bzw.

am Wasser an der Brücke in Richtung Washingtonplatz aufhielten, in Wohnformen vermittelt werden. Daran waren die aufsuchenden Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes Mitte maßgebend beteiligt: Durch die gute Zusammenarbeit konnten rasche Übergänge gewährleistet werden.

Gabenzäune

Als viele Einrichtungen aufgrund der Covid-19-Pandemie ihre Öffnungszeiten stark einschränkten oder sogar schlossen, war die Versorgung der Menschen auf der Straße ebenfalls stark betroffen. Aus dieser Not heraus entstanden an vielen Stellen in Berlin sogenannte „Gabenzäune“. Dies sind Zäune, an denen Spenden aufgehängt werden und somit leicht zugänglich für bedürftige Menschen sind. Auch das

Team Drop Out Mitte rief einen Gabenzaun am Alexanderplatz ins Leben, da auch hier vor allem die Nahrungsversorgung eingeschränkt wurde. Die Menschen am Alexanderplatz nahmen dies gut an. Sowohl Anwohnende als auch



andere Spender*innen bestückten den Zaun mit Spenden, wie zum Beispiel mit Hygieneartikeln, Kleidung und auch Lebensmitteln. Die Kommunikation zwischen dem Team und den Anwohner*innen fand über eine Gruppe in den sozialen Medien statt, sodass sich darüber ausgetauscht werden konnte, was aktuell benötigt wurde. Mit Ende des ersten Lockdowns konnten wir auch die Gabenzäune beenden, da viele Einrichtungen wieder öffneten. Auch während des zweiten Lockdowns konnte die Versorgung durch neue Hygienekonzepte oder veränderte Öffnungszeiten verschiedener Einrichtungen sichergestellt werden, wodurch das Team sich hier gegen einen erneuten Gabenzaun entschied.

TEAM MITTE NETZWERKARBEIT

Im Jahr 2020 stach besonders die gute Kooperation zwischen den aufsuchenden Mitarbeiter*innen der Sozialen Wohnhilfe in Mitte und unserem Team hervor. Die Teamleiterin der Sozialen Wohnhilfe suchte den Kontakt zu uns, um sich über die aufsuchende Arbeit auszutauschen, da zwei Stellen für eben diese Tätigkeit im Bezirksamt finanziert werden sollten. Wir erfuhr in diesem Jahr eine sehr gute Kooperation mit uns, die von Anfang an als ergänzend wahrgenommen werden konnte – inhaltlich hinsichtlich bürokratischer Hürden sowie als Erweiterung des Einzugsgebietes bei unseren Rundgängen. In besonderen Härtefällen ist das gute Zusammenwirken zu betonen, welches stets lösungsorientiert vonstatten ging.

Besonders um den Alexanderplatz gab es während einiger Monate Probleme des Zusammenwirkens der Träger vor Ort: Da alle Träger, die schon lange vor Ort sind, diesen kennen und selbst ergänzend mitgestaltet haben, konnte ein gutes Angebot für die Adressat*innen gestellt werden. In diesem Jahr kam es dazu, dass

ein neuer Träger die Arbeit vor Ort aufnahm und Kenntnis von dem bereits existierenden Plan hatte, diesen jedoch nicht als Basis bzw. Orientierung für die eigenen Präsenzzeiten nutzen wollte. Dadurch entstand der gefühlte Eindruck einer konkurrierenden Haltung von Seiten des Trägers, weshalb eine Klärung mit der Leitung des Projektes stattfand. Da die Leitungsebene über die Probleme informiert war und es anscheinend Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dieser und den ausführenden Mitarbeitenden gab, kam es auch des Öfteren dazu, dass Adressat*innen und Mitarbeitende nicht eindeutig zu unterscheiden waren und wir auch gemeinsamen Konsum im öffentlichen Raum beobachten konnten. Ohne Absprachen mit den Trägern vor Ort waren die Mitarbeitenden des Projektes von einem auf den nächsten Tag verschwunden und sollten seitdem in Neukölln ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Die Kooperation mit dem SPD in Mitte war durchaus von Schwierigkeiten geprägt: Einerseits waren telefonische Erreichbarkeiten nicht reliabel, andererseits gestaltete es sich als schwierig, miteinander zu arbeiten, um die Lücke hinsichtlich psychiatrischer Hilfe im Versorgungssystem zu schließen. Im Sinne der Lobbyarbeit sehen wir es auch als unsere Aufgabe, gute Netzwerkarbeit zu leisten, um Menschen vor Ort, die im Verdacht sind, sich selbst zu gefährden, indem sie beispielsweise die Realität insofern nicht mehr einschätzen können, ohne dass äußerlich ein deutlicher Verfall zu beobachten ist, in für sie möglicherweise passende Hilfsangebote zu vermitteln. Da eine valide psychiatrische Situationsbeurteilung bzw. ein Clearing die Grenzen unseres professionellen Selbstverständnisses sprengen, sind wir in unserer Tätigkeit darauf angewiesen, dass wir vom SPD unterstützt werden, wenn wir davon absehen wollen, die Gruppe der obdachlosen Personen außer Acht zu lassen.

TEAM MITTE HAUS DER STATISTIK

Seit Januar 2018 besteht die „Koop5“, welche an der Entwicklung des Areals arbeitet und sich aus folgenden Kooperationspartner*innen zusammensetzt: Bezirksamt Berlin-Mitte, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenSW), Wohnbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH (WBM), Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) sowie ZUSAMMENKUNFT Berlin eG (ZBK).

Rund um das Haus der Statistik wurde hinsichtlich der Nutzung der freien Flächen bzw. Räume eine „AG Soziales“ in Leben gerufen. Ziel sollte sein, die freien Räumlichkeiten für soziale Projekte zu nutzen, weshalb an der AG gemeinsam über eine Erweiterung bzw. Implementierung von Infrastruktur für wohnungslose Personen nachgedacht werden sollte. Daran nahmen Träger wie die „Syrienhilfe“, Karuna, Gangway e.V. sowie die „Initiative Haus der Statistik“ teil und tauschten sich über einen möglichen Tagestreff bzw. Aufenthalts- und Beratungsmöglichkeiten oder auch Duschmöglichkeiten sowie Installation von LED-Paneelen zum Aufladen von tragbaren elektronischen Geräten aus.

Anfangs sah sich eine Person, die dem Haus der Statistik zugehört, als die zur AG einladende

Person verantwortlich. Schnell stellte sich heraus, dass ein zweites Treffen auf die Anfrage vom Team Mitte hin in dessen Hände gelegt wurde. Ein weiterer Termin ließ sich nicht finden, weshalb es zu keinem Folgeaustausch kam. Gangway e.V. konnte sich vorstellen, an der Entwicklung von Angeboten mitzuwirken, doch diese nicht direkt zu betreuen, weil dies dem Selbstverständnis der Straßensozialarbeit widersprechen würde. Der Kontakt zum Haus der Statistik konnte hinsichtlich einer potenziellen Nutzung der freien Räumlichkeiten nicht gehalten werden, weshalb es umso mehr überraschte, dass das Team Mitte bei einem Rundgang eine Widmung der Räumlichkeiten für „Vernetzungsratschläge“, „Werkstatt“, „PlanTisch“, „Ko-Markt + Cafe Statistik“ sowie „Themenabend“ in einer Fensterscheibe des Gebäudes sah.

Aus dem Selbstverständnis des Hauses der Statistik geht hervor, dass die Intention ist, das Areal gemeinwohlorientiert zu nutzen. Dieses soll durch Mitwirken von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft realisiert werden. Nach über 10 Jahren Leerstand soll das Areal in den kommenden 10 Jahren um 65.000 m² erweitert werden und Raum für Kunst, Kultur, Soziales und Bildung, bezahlbares Wohnen sowie ein neues Rathaus für den Bezirk Mitte bieten.



TEAM MITTE

AUSBLICK 2021

Besonders auffällig war in diesem Jahr die Häufung psychiatrisch auffälliger Personen, welchen oftmals schwer Hilfe angeboten werden kann. Einerseits, da die fachliche psychiatrische Kompetenz in der Sozialarbeit nicht gegeben ist, und andererseits, da es mangels Angebote eine große Schwierigkeit darstellt, Zugang zu psychiatrischen Hilfen wie beispielsweise das Wohnen in Wohngruppen zu erhalten. Wir intensivieren deshalb unsere inhaltliche Arbeit im Rahmen des AK City. Wir ermitteln Bedarfe und Lücken im Hilfesystem, bringen im Netzwerk mit anderen Professionen Ideen für eine bessere adäquate Hilfe für obdachlose Menschen mit offensichtlich psychiatrischen Symptomen und vermuteten Krankheitsbildern ein, die derzeit häufig durch die vorhandenen Angebote in der Straßensozialarbeit nicht erreicht werden können. Diese Ideen wollen wir über den AK City auch an den Senat herantragen.

Auf Grundlage positiver Erfahrungen durch die offensichtlich gute Annahme des zeitlich befristeten neuen Angebots im Hofbräuhaus als Tagestreff mit Essen, Kleiderkammer und mehrsprachiger Sozialberatung während der Kältehilfe intensivieren und erneuern wir unsere Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit. Unser Ziel ist es hierbei, dass in diesem Jahr das Thema hinsichtlich einer festen Infrastruktur für von Obdachlosigkeit betroffene Menschen am Alexanderplatz ernsthaft wahrgenommen wird und sich möglichst erste Schritte diesbezüglich gehen lassen. Hierzu wird sowohl im AK City, in der AG Alexanderplatz, mit dem Haus der Statistik, der Stadtteilkoordination Mitte Zentrum und wichtigen anderen infrage kommenden Akteur*innen und Entscheidungsträger*innen

in Politik, Verwaltung und Gesellschaft Kontakt aufgenommen. Betroffene Adressat*innen wollen wir so weit möglich und gewollt aktiv in den Prozess der Ideenentwicklung, Bedarfsanalyse und der politischen Lobbyarbeit einbeziehen. Presse und weitere Medien sollen als Informationsträger oder -plattformen genutzt werden. Die anstehenden Wahlen im September bieten einen unterstützenden Ankerpunkt, um die Öffentlichkeit allgemein für die Belange von Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, zu sensibilisieren und die politische Lobbyarbeit zu intensivieren. Die Teilhabe der Betroffenen an der Debatte um ihre Themen soll dabei ermöglicht werden.

Wir wollen im Sinne unserer Adressat*innen die derzeit schwierige Zusammenarbeit mit dem SPD (Mitte) verbessern und gemeinsam mit anderen Partner*innen in der Wohnungslosenhilfe auf eine schnellere Vermittlung und Unterstützung durch die Verwaltung hinarbeiten. Hierzu nutzen wir Netzwerke und sind proaktiv tätig. Mit der Rücknahme von Einschränkungen bei positiver Entwicklung der Pandemieeindämmung durch Impfungen etc. und dem Ende der Kältehilfe zum Frühjahr ist davon auszugehen, dass viele Menschen, die derzeit in Notunterkünften untergekommen sind, wieder vermehrt auf die Straßen, Plätze und Bahnhöfen zurückkehren. Wir werden bedarfsgerecht auf jeweilige Veränderungen im Rahmen der Möglichkeiten reagieren.

TEAM NEUKÖLLN

Durch den Beschluss der Senatsverwaltung bekam Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin das Mandat, Straßensozialarbeit mit obdachlosen Menschen im Bezirk Neukölln zu starten. So etablierte Gangway im Juni 2020 ein neues und eigenständiges Team: Dropout Neukölln. Dieses wird durch den Bezirk Neukölln (Soziales und Grünflächenamt) kofinanziert.

Verstärkt durch einen ordnungspolitischen Verdrängungsdruck auf die großen Brennpunkte folgt ein Ausweichen und Zersplittern der Szenen, sodass immer mehr kleine, dezentrale Gruppen im ganzen Stadtgebiet verteilt sind. Zudem kann man im Bezirk Neukölln die Folgen der Gentrifizierung wahrnehmen. Durch steigende Mieten werden einkommensschwache Menschen aus dem Bezirk vertrieben und auf den prekären Berliner Wohnungsmarkt verwiesen. Wer keine neue, bezahlbare Wohnung findet, wird wohnungslos! Im Bezirk Neukölln hat sich in den zurückliegenden Jahren in den klassischen Trinker- und Drogenszenen zunehmend das Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit etabliert. Zudem weichen immer mehr obdachlose Menschen aus den klassischen Brennpunktszenen in den Bezirk aus.

Wir sind für den gesamten Bezirk zuständig und decken diesen in unseren Rundgängen ab, allerdings sind momentan die wesentlichen Hotspots, in denen sich Wohnungs- und Obdachlosigkeit manifestiert hat, an folgenden Orten am deutlichsten sichtbar:

- U-Bhf. Schönleinstraße
- Hermannplatz
- Parks und Grünanlagen (Hasenheide usw.)
- S + U-Bhf. Hermannstraße
- Rathaus Neukölln
- S + U-Bhf. Neukölln



TEAM NEUKÖLLN

BEGINN DER ARBEIT IN NEUKÖLLN

Aufgenommen haben wir unsere Arbeit im Juni mit einer Felderkundung. Das Team, bestehend aus zwei Fachkräften (im Dezember verstärkt um eine weitere Fachkraft), verschaffte sich einen Überblick über den Bezirk. Das war wichtig, um Hotspots, viel frequentierte Plätze, aber auch abgeschiedene Nischen zu finden und einzuschätzen. Die ersten Monate waren vor allem durch das Kennenlernen des Bezirkes und der Adressat*innen geprägt. Schnell fiel uns auf: Der Bezirk Neukölln hebt sich deutlich als Sozialraum von anderen ab. Die Szenen sind viel gemischerter; das heißt, es ist zum Teil schwer, zwischen der Drogen- und der Trinker- Szene zu unterscheiden. Die Adressat*innen sind in Neukölln weniger miteinander vernetzt und man trifft eher auf vereinzelte Menschen oder kleine Gruppen.-

Aber nicht nur in Bezug auf die Adressat*innen ist Neukölln ein neuer Bezirk für Gangway, sondern auch die regionale Wohnungslosenhilfe musste neu kennengelernt werden. So haben wir uns in den ersten Monaten vielen Akteuren im Bezirk vorgestellt und sind in Austausch getreten.

TEAM NEUKÖLLN

GEMEINWESENARBEIT UND KOOPERATION

Schon in unserer ersten Zeit in Neukölln fiel uns auf, wie wenig Angebote es für wohnungslose Menschen gibt. So gibt es im gesamten Bezirk nur eine Wärmestube. Sprich um an Essen,

Duschen, eine Postanschrift und was noch alles von Menschen benötigt wird, die auf der Straße leben, zu kommen, muss ein für die Adressat*innen teilweise unüberwindbarer Weg in andere Stadtteile auf sich genommen werden. Dementsprechend müssen die Adressat*innen mobil sein; d.h. sich in einem physischen und psychischen Zustand befinden, in dem sie den

Weg auf sich nehmen können, sowie über die finanziellen Mittel für ein BVG-Ticket verfügen. Wer diesen Anforderungen nicht gewachsen ist, läuft Gefahr der Verwahrlosung.

Gerade wegen des dürftigen Angebotes der Wohnungslosenhilfe bekamen wir sowohl von Adressat*innen als auch den sozialen Akteuren zurückgemeldet,

welche eine Unterstützung unserer

niederschweligen Streetwork für den Bezirk ist. So wurden wir mit offenen Armen, sowohl von der Sozialen Wohnhilfe als auch von Kooperationspartnern wie Fixpunkt und dem SPD (Sozialpsychiatrischer Dienst) empfangen.

Entlang der Achse der oben beschriebenen Hotspots sind in den Umgebungen obdachlose Menschen im öffentlichen Raum, insbesondere in den Grünanlagen zu beobachten. Die Parkanlagen, die wir regelmäßig begehen sind der St. Jacobi Friedhof, Hasenheide, Lessinghöhe, Körnerpark, Thomashöhe, Hertzbergplatz, Zickenplatz (Hohenstaufenplatz) Weichselplatz, Reuterplatz, Wederpark, Park am Buschkrug und der Schlosspark Britz.

Hier beteiligen wir uns an dem Projekt „Fair Play im Park“, welches sich zusammen mit anderen Trägern zum Ziel gesetzt hat, die Aufenthaltsqualität in den Parks zu fördern und zu verbessern.



Fixpunkt e.V.

Mit Fixpunkt konnten wir eine gute Kooperation etablieren. Auf gemeinsamen Rundgängen zeigte uns Fixpunkt den Bezirk aus der Sicht der Drogenhilfe. Wir haben bei den Adressat*innen viele Überschneidungen mit der Drogenhilfe, da viele Menschen, die ohne festen Wohnsitz leben, eine Suchtproblematik haben. Um den Bedürfnissen dieser Adressat*innen gerecht zu werden, haben wir eine enge Kooperation für die Zukunft angedacht. So wollen wir regelmäßige gemeinsame Rundgänge in unser Konzept aufnehmen.

**Soziale Wohnhilfe**

Wir haben eine enge und gute Kooperation mit der Sozialen Wohnhilfe. Als wir unsere Arbeit im Bezirk aufgenommen haben, initiierten wir ein gemeinsames Treffen mit dem Amt für Soziales. Seither stehen wir in enger Kooperation, um die Interessen der Wohnungslosen zu vertreten. Wir freuen uns zu sehen, dass unsere Arbeit wertgeschätzt und gebraucht wird. So stehen wir im engen Austausch über die Situation und

die Bedürfnisse der Adressat*innen im Bezirk. Sei es bei der Frage, wie man einzelnen Menschen ein Hilfsangebot unterbreiten kann, oder bei organisatorischen Fragen um die Verbesserung der Infrastruktur.

Sozialpsychiatrischer Dienst

Psychische Probleme sind schon immer eine Begleiterscheinung bei vielen wohnungslosen Menschen gewesen, aber in den letzten Jahren konnten wir eine exorbitante Zunahme von Menschen mit psychischen Krankheiten oder in psychischen Ausnahmesituationen vermerken. Da wir Sozialarbeiter*innen und keine Psycholog*innen sind, ist unsere Kooperation mit dem SPD sehr wichtig. Immer wieder treffen wir auf Menschen, denen wir allein nicht helfen können, da ein sozialarbeiterisches Angebot nicht ausreicht. Daher war es uns ein Anliegen, mit dem SPD in Kontakt zu treten.

Den ersten Kontakt stellten wir telefonisch her, um uns und unsere Arbeit vorzustellen.

Der SPD informierte uns, in welchen Fällen wir uns an sie wenden können und wie eine Kooperation aussehen kann. Seitdem befinden wir uns durch Kommunikation und Kooperation in engem Austausch. Wenn wir Menschen mit psychischen Auffälligkeiten antreffen, informieren wir den SPD und sind mit ihnen im fachlichen Austausch.

Durch wohnungslose Menschen u.a. mit psychischen Beeinträchtigungen sind wir in unserer Arbeit gegenseitig aufeinander angewiesen, um die Menschen bestmöglich zu versorgen.

Für das Jahr 2021 ist eine Intensivierung und Vertiefung der Kooperation angedacht. So haben wir das Angebot eines Arztes des SPD, gemeinsame Rundgänge auf der Straße zu machen.

Da unsere Erfahrungen in anderen Bezirken Berlins gezeigt haben, dass es oft nicht so leicht



war, mit dem SPD eine enge Kooperation aufzubauen, begrüßen wir das Engagement des SPD in Neukölln und hoffen, wir können in Zukunft im Sinne unserer Adressat*innen ein adäquates Hilfsangebot unterbreiten.

Wie wichtig und hilfreich gelingende Kooperationen sind und wie gut diese in Neukölln funktionieren, obwohl wir erst seit Mitte 2020 in Neukölln arbeiten, möchten wir an Hand eines Einzelfalls exemplarisch aufzeigen:

Es ging um eine Frau, die in einer Bushaltestelle wohnte. Die soziale Wohnhilfe kontaktierte uns und schilderte die Situation. Wir kamen vor Ort und stellten der Frau uns und unsere Hilfsangebote vor. Während des Gespräches stellten wir schnell fest, dass die Frau mit psychischen Problemen zu kämpfen hat. Somit war klar, unser Hilfsangebot würde für sie nicht ausreichen. Daraufhin kontaktierten wir den SPD. Dieser konnte uns problemlos und schnell unterstützen. Sie kamen vor Ort und es stellte sich heraus, dass sie die Frau kannten und uns mitteilen konnten, dass sie eine Wohnung hat. Die professionelle Einschätzung des SPD war, die Frau sei momentan in keiner akuten Krisensituation und könne sich soweit um sich selbst kümmern.

In diesem Fall kooperierten wir nicht nur eng mit der Sozialen Wohnhilfe und dem SPD, wir konnten auch zur Vernetzung zwischen dem SPD und der Sozialen Wohnhilfe beitragen. Eine Vernetzung, die wir weiter pflegen und aufrechterhalten wollen. Es gibt sehr viele Situationen wie diese, in denen nur in enger Zusammen-

arbeit der verschiedenen sozialen Akteure eine adäquate Hilfe geleistet werden kann.

Aus diesem Grund streben wir eine engere Vernetzung der sozialen Akteure im Bezirk an. Einerseits, um uns mit ihnen zu vernetzen, andererseits aber auch, um sie untereinander zu vernetzen. Dafür möchten wir ein gemeinsames Vernetzungstreffen organisieren und diesen Anlass nutzen, eine regelmäßige Austauschrunde zu etablieren.

TEAM NEUKÖLLN ZIELE

Drop Out soll 2021 im ganzen Bezirk bekannt sein. Sowohl bei den Adressat*innen als auch den Netzwerkpartner*innen.

Dafür stellen wir die Kontakte zu sämtlichen relevanten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Neukölln her, mit dem Ziel diese zu vernetzen. Zudem wollen wir in Kooperation mit dem SPD ein Netzwerktreffen in Neukölln etablieren, das mindestens 1 x jährlich stattfinden soll, damit Kontakte zu Netzwerkpartner*innen auf regionaler Ebene im direkten Kontakt stattfinden können. Wir wollen umfassende Kenntnisse über das Obdachlosengeschehen in den Grünflächen des Bezirkes. Dafür werden die relevanten Parks regelmäßig begangen und gescannt. Wir möchten die Interessen der Obdachlosen vertreten. Denn der öffentliche Raum soll auch für Obdachlose nutzbar sein.

TEAM XHAIN

2020 war für das Team ein sehr intensives Jahr. Nicht nur aufgrund der für alle Teams oben beschriebenen Veränderungen und Anpassungen wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unsere Arbeit und für die Adressat*innen, sondern auch im positiven Sinne, was die Intensität der Arbeit im Bezirk angeht. Wir haben trotz ungünstiger Umstände Vieles erreicht, wenn auch mit deutlich höherem Aufwand.



Im letzten Jahresbericht haben wir umfangreich die vier Bereiche und deren Besonderheiten beschrieben, in welche wir unsere Streetwork-Runden aufgeteilt haben: Friedrichshain Nord, Friedrichshain Süd, die ehemaligen Postzustellbezirke Kreuzberg 36 und Kreuzberg 61. In diese vier Bereiche sind unsere Runden nach wie vor aufgeteilt. Neu hinzugekommen ist eine deutlich verstärkte Arbeit im und um den Görliitzer Park. Für eine genaue Beschreibung der

„alten“ Bereiche verweisen wir gerne auf den letzten Jahresbericht und werden hier nun auf Besonderheiten eingehen. Grundsätzlich haben wir regelmäßig unsere Runden durchgeführt und alle Formen der Unterstützung für unsere Adressat*innen weiterhin angeboten. Auf eine Beschreibung dessen verzichteten wir in diesem Jahr und beschreiben exemplarisch anhand von Beispielen unsere vertiefte Netzwerkarbeit im Bezirk. Darüber hinaus beschreiben wir anhand von zwei Fallbeispielen exemplarisch Themen, die uns beschäftigt haben. Wir haben diese beiden Fallbeispiele gewählt, weil daran gezeigt werden kann, dass wir zumindest teilweise für uns, als auch für beteiligte Stellen, Neuland betreten haben. Dies bedeutet nicht, dass wir unsere Arbeitsweise hin zur Einzelfallarbeit geändert haben, trotzdem mussten wir aufgrund von Schließungen anderer Einrichtung wegen Corona deutlich mehr Schritte selbst erledigen.

TEAM XHAIN

NEUE KONTAKTE ERSCHLOSSEN & ALTE INTENSIVIERT

Tatsächlich haben wir in verschiedenen Bereichen neue Kontakte geknüpft bzw. alte Kontakte gepflegt und erweitert. Neben der Arbeit mit den Adressat*innen (siehe unten) trifft dies auch auf die Netzwerkarbeit im Bezirk zu. Als Grund hierfür sehen wir den stetig wachsenden Bekanntheitsgrad unserer Arbeit in Friedrichshain-Kreuzberg. Davon profitieren nicht zuletzt die wohnungslosen Menschen, mit denen wir arbeiten. Netzwerke haben wir dabei sowohl auf bezirklicher Verwaltungsebene, mit Fachkräften der Sozialen Arbeit wie auch zivilgesellschaftlichen Strukturen erweitert. Eine Auswahl der Bereiche stellen wir folgend kurz dar, andere wie die Treffen mit dem Fixpunkt-Projekt NUDRA werden wir in künftigen Berichten vertieft behandeln:

Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg – Obdachlosigkeit im Stadtteil

Sehr gefreut haben wir uns 2020 über eine Einladung zur Mitarbeit im Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg während des zweiten sogenannten Lockdowns. In dem Bündnis sind sowohl diverse Stadtteil- und Nachbarschaftszentren als auch Kiezinitiativen versammelt. Ziel des Bündnisses ist es, im Stadtteil Kreuzberg ein Netzwerk aufzubauen, um kiezbezogene Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen für wohnungslose Menschen zu erreichen.

Auch möchte das Bündnis auf lokaler Ebene Einfluss auf die Bezirkspolitik ausüben und sich solidarisch mit von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zeigen. Neben unmittelbaren direkten Anfragen an die verantwortlichen Politiker*innen im Stadtteil und dem Diskurs mit ihnen, um strukturelle Missstände in Kreuzberg zu thematisieren, organisierte das Bündnis praktische direkte Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Die praktischen Angebote wurden dabei so angepasst, dass eigentlich vorhandene Strukturen der Wohnungslosenhilfe, die aufgrund der Pandemie geschlossen oder lediglich eingeschränkt geöffnet hatten, ausgeglichen und teilweise sogar ausgebaut werden konnten. Konkret bedeutete dies diverse Gabenzäune, die von Verantwortlichen regelmäßig aufgefüllt und „gewartet“ wurden um einer Vermüllung vorzubeugen. Auch waren mobile Essensausgabestellen Teil der solidarischen Unterstützung.

Eine besonders spannende und für manche



**Aktionsbündnis
Solidarisches
Kreuzberg**

OBdachlosigkeit im Stadtteil

Menschen auch überlebensnotwendige Aktion war die Ausgabe von Thermoskannen mit heißem Wasser. Hier organisierte das Aktionsbündnis knapp 700 Thermoskannen durch eine Spende, von denen wir auch ca. 100 Stück erhielten. Diese wurden dann an obdachlose Menschen verteilt. Parallel, und das ist ein wichtiger Faktor, begingen Akteur*innen des Bündnisses verschiedene Kieze in Kreuzberg und sprachen mit Gewerbetreibenden, ob diese bereit

wären, obdachlosen Menschen die Möglichkeit zu bieten, hier ihre Thermoskannen wieder mit heißem Wasser aufzufüllen.

Tatsächlich fanden sich erstaunlich viele Orte, die dies mittlerweile anbieten bzw. zur kältesten Zeit im Winter angeboten haben. Die Menschen, die eine Thermoskanne erhalten haben, erhielten ebenfalls eine Liste der Orte und bei Bedarf hatten wir diese bei uns

und konnten sie wieder an Adressat*innen aushändigen, falls neue Orte hinzukamen.³ Auch war ohne die Liste anhand eines kleinen Plaketes von außen erkennbar, wo aufgefüllt werden konnte. Die Aktion war so erfolgreich, dass es in der Zwischenzeit auch in anderen Stadtteilen Auffüllorte gibt.

Bezirksamt

Eine unkomplizierte und unbürokratische Vermittlung von Adressat*innen ist für uns sehr wesentlich. Vor diesem Hintergrund war es für uns sehr wichtig, die Kontakte innerhalb des Bezirksamtes auszubauen. Deshalb nahmen wir gerne Einladungen zu Kennenlern- und Vernetzungsrunden auf Bezirksebene an. Aus diesen Runden ergab sich für uns ein direk-

³ <https://www.rundumkotti.de/aktionsbündnis-solidarisches-kreuzberg-obdachlosigkeit-im-stadtteil/>

ter Kontakt zur Fachstellenleitung der Sozialen Wohnhilfe, der Planungs- und Koordinierungsstelle der Suchthilfe Koordination, der aufsuchenden Arbeit innerhalb des Bezirksamtes und dem Sozialpsychiatrischen Dienst. Wir sind regelmäßig im Austausch mit den genannten Stellen, um Veränderungen der Lebenssituation der Adressat*innen zu besprechen. Selbstverständlich sind wir bei Gesprächen hier parteiisch und achten streng auf unsere Schweigepflicht.

TEAM XHAIN

BERICHTE AUS DEM GÖRLITZER PARK

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit richtete sich im Jahr 2020 auf den Görlitzer Park.

Das CoLab – Ein neuer Gangway-Standort

Im September des Jahres war es dann endlich soweit. Wir bekamen die Info, dass Gangway die Räumlichkeiten des ehemaligen Jugend-

clubs „Kreuzer“ im Görlitzer Park zur Verfügung gestellt bekommt. Da wir eng mit dem Jugendteam Kreuzberg zusammenarbeiten und auch schon in den vergangenen Jahren gemeinsame Runden im Görlitz drehten, bot es sich an, diese Räumlichkeiten auch für unser Team zu nutzen. Gerade an diesem Standort ist es wichtig, Angebote in direkter Nähe zu schaffen und regelmäßig den Kontakt mit den Menschen zu suchen und zu pflegen, eine Basis des Vertrauens aufzubauen. Wohnungslosigkeit ist schon seit langem nicht mehr nur ein Thema für den Erwachsenenbereich, sondern auch in der Arbeit mit den U27-Jährigen – ein nicht unerheblicher Teil unserer Adressat*innen im Park und dessen Umgebung. Wir sind darüber hinaus sehr glücklich darüber, endlich einen ordentlichen Stellplatz für unser Lastenrad zu haben und eine Küche für die Zubereitung unsere Getränke, die wir auf den Runden dabei haben.



Das CoLab und seine großzügigen Räumlichkeiten bieten Gangway aber auch den ansässigen anderen Trägern, Vereinen (z. B. Fixpunkt, Joliba, Nijinski Arts Internacional e.V.) Aktionsbündnissen, Arbeitskreisen, Runden Tischen und selbstorganisierten Gruppen aus der Nachbarschaft genug Platz für Zusammenarbeit, Austausch, Angebot und Aktion, um den Standort Görli zusammen neu zu beleben. Neben der offenen Fahrradwerkstatt zum Selberschrauben gibt es bisher (zu gelockerten Corona-Bedingungen) Hip Hop / Graffiti-Workshops, kreatives Schreiben, Beratungsangebote für Jugendliche und Erwachsene, Supervision und Schulungen im Bereich der Familienhilfe, Selbsthilfegruppen, eine nachhaltige Filmwerkstatt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Zuwanderungserfahrung, Ferienwerkstätten und Workshops. Sobald es die Situation wieder zulässt, soll es auch wieder Angebote wie Yoga, Kochgruppen, Ausstellungsprojekte und Vieles mehr geben. Vor allem aber soll das CoLab ein Ort der Vernetzung, Diversität und Vielfalt sein.

An dieser Stelle möchten wir uns auch nochmal herzlich bei den Zuständigen des Jugendamtes Friedrichshain-Kreuzberg bedanken, die uns die Chance geben, dieses Angebot zu realisieren.

Rassistische Polizeikontrollen

Wie bereits erwähnt, arbeiten wir im Görlitzer Park eng mit dem Jugendteam Kreuzberg zusammen. Auch unsere neue Kollegin Nyima aus dem CoLab ist unterstützend dabei. Dank ihrer sprachlichen Kompetenzen und gutem Zugang

zu der Zielgruppe hat sich unsere Arbeit im Görlitz stark verändert, wir bekamen einen deutlich intensiveren Kontakt zu den Adressat*innen. Bei unseren Rundgängen im Görlitz fiel uns die zunehmende Polizeipräsenz vor Ort ins Auge. Im Park wurden und werden aus unserer Sicht vor allem geflüchtete Menschen auf Grund von rassistischen Zuschreibungen von der Polizei angehalten, durchsucht, befragt oder verhaftet. Dies ist in der Umgebung des Görlitzer Park möglich, da dieses Gebiet zu den sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“ in Berlin gehört. An diesen Orten dürfen Polizist*innen unter-



halb der Eingriffsschwelle einer konkreten Gefahr Identitätskontrollen und Folgemaßnahmen vornehmen. Durch Gespräche mit den Menschen im Görlitzer Park und der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) haben wir zudem erfahren, dass seit einigen Monaten sogenannte Aufenthaltsverbotsverfügungen im Zusammenhang mit einem Verdacht von Betäubungsmittelbesitz an Personen in und um

den Görlitzer Park ausgehändigt werden. Durch diese Verfügung ist es diesen Menschen für einige Monate verboten, sich in einem umfangreichen Radius um den Park aufzuhalten. Ohnehin befinden sich viele der Menschen im Park schon in prekären Lebenssituation und erleben Benachteiligung. Gründe dafür sind unter anderem Fluchterfahrungen, ein unsicherer Aufenthaltsstatus, tägliche Rassismus-Erfahrungen, Obdachlosigkeit und Armut. Durch die vermehrte Polizeipräsenz im Park und Umgebung sind schwarze Menschen und People of Colour so einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt.

Zweimal Weihnachten

Durch die aktuelle Corona-Pandemie wurde dieses Jahr einiges zum Erliegen gebracht, so auch das alljährlich stattfindende Weihnachtsfest für Obdachlose (und Bedürftige), organisiert von Schlagersänger Frank Zander. Normalerweise findet kurz vor Weihnachten ein Fest mit knapp 3.000 Gästen statt, bei dem es neben Essen und Geschenken auch ein Showprogramm mit Prominenten gibt. Da dies 2020 nicht möglich war, organisierten Frank Zander und Co. alternativ den Caritas-Foodtruck, welcher die Tage vor Weihnachten zu verschiedenen Einrichtungen fuhr. So auch zu uns. Am 21.12 hielt der Truck mit rund 30 Portionen Rindergulasch und Mousse au Chocolat vor dem CoLab im Görlitzer Park. Neben dem Essen gab es außerdem zusätzlich Geschenktüten, heiße Getränke, Musik und die Möglichkeit, trotz der aktuellen Pandemie unter Hygienemaßnahmen zur Weihnachtszeit für ein paar Stunden zusammenzukommen. Dabei kamen vor allem uns bekannte Adressat*innen aus dem Görlitzer Park und Wrangelkiez zum Foodtruck vor das CoLab. Wir konnten aber auch ein paar neue Gesichter begrüßen.

Auch am Heiligabend gab es dieses Jahr in der Stadt leider keine Angebote für unsere Adressat*innen, in gemütlicher Runde zusammenzukommen. Die große alljährliche Weihnachtsfeier im Yaam, die viele unserer Adressat*innen gern besuchen, musste leider ausfallen. Deswegen haben wir uns kurzerhand entschieden, eine Weihnachtstour zu machen. Mit tatkräftiger Unterstützung zweier Nachbar*innen ging es voll bepackt mit lecker gefüllten Wundertüten auf Tour. Einige kamen schon früh zum CoLab in den Görlitzer Park, um sich die Leckereien direkt abzuholen und bei einem heißen Kaffee, wenigstens kurz, in gemütlicher Stimmung zusammenzustehen.



TEAM XHAIN

FALLBEISPIELE

Im Weiteren zeigen wir hier zwei besonders arbeitsintensive Fälle aus dem Jahr 2020. Beide Fälle sind nach einem intensiven Prozess positiv im Sinn der Wünsche der beiden Adressaten abgeschlossen worden.

Identifizierung von Ausbeutung bei sog. Betteltätigkeit. Eine große Herausforderung (auch) im Bereich Streetwork.

Bei einer relativ aktuellen Befragung obdachloser, auf der Straße lebender und wohnungsloser Menschen stellte sich heraus, dass Betteln eine der wichtigsten Einkommensquellen einer obdachlosen Person ist. Im medialen und öffentlichen Diskurs wird sog. Betteln seit einigen Jahren abgewertet und sogar kriminalisiert, so dass es nicht als eine legitime Art des Lebensunterhalts betrachtet wird.

Laut KOK⁴ liegt Menschenhandel vor, „wenn eine Person unter Ausnutzung ihrer Zwangslage in eine Ausbeutungssituation gebracht wird“ (2017). Ausbeutung bei der Ausübung des sog. Bettelns ist „erst seit der Neufassung der strafrechtlichen Vorschriften zum Menschenhandel im Jahr 2016 ein eigener Straftatbestand“ (BKA 2017: 18).⁵

Warum wir uns entschieden haben, über diese Realität zu berichten, liegt zuvörderst an der Tatsache, dass es außerordentlich schwierig ist, zu erkennen, »wer dazu von anderen Personen gezwungen und ausgebeutet wird und wer »nur« aufgrund von Armut und mangelnder alternativer Möglichkeiten auf der Straße um

Unterstützung bittet« (KOK 2016)⁶. Weiterhin sind in dem Fall, dass Ausbeutung stattfindet, der Schutz sowie das Erlangen von Rechten für die von Menschenhandel Betroffenen mit einer umfangreichen Bürokratie verbunden, auf die wir aufmerksam machen möchten. Dieser bürokratische Aufwand ist für die Menschen oft nicht alleine zu bewältigen.

Eric, Anfang 40, (erfundener Name) lebte in ärmlichen Verhältnissen in einem osteuropäischen Land. Wir haben ihn über unsere Rundgänge im Bezirk kennengelernt. Kontaktaufbau und -aufrechterhaltung klappte relativ gut, auch über eine Kollegin, die seine Muttersprache spricht. Die Initiierung von Veränderungsprozessen begann, als Eric sich öffnete und uns davon erzählte, wie er von einer Frau M. nach Berlin gefahren worden sei, um für sie zu betteln. Er wollte unbedingt zurück zu seiner Familie in sein Herkunftsland. Zu diesem Zeitpunkt lebte er bereits seit einer längeren Zeit obdachlos in Berlin. Wir überlegten lange, wie wir Unterstützung und Begleitung – und damit die Stärkung seiner Veränderungsprozesse - am besten leisten konnten. Da wir uns aufgrund seines Wunsches auf die Rückkehrberatung fokussierten, nahmen wir mit IN VIA Kontakt auf. Außerdem mussten wir berücksichtigen, dass Erics Hab und Gut – inklusive seines Passes – von Frau M. einbehalten worden waren.

Für alle unten aufgeführten Schritte brauchte Eric unsere Hilfe und Begleitung durch uns. Er war alleine nicht in der Lage, den Bereich weniger Häuserblocks zu verlassen, wo er sich seit längerer Zeit aufhielt. Er hatte kein räumliches Verständnis von Berlin aufgebaut ist und hat-

⁴ KOK e.V. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel. 2016. Zu Straftaten oder Betteln gezwungen: Weitere Formen des Menschenhandels und die non-punishment clause. Informationsdienst, Berlin: KOK.

⁵ BKA Bundeskriminalamt. Menschenhandel und Ausbeutung Bundeslagebild 2017

⁶ KOK e.V. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel. 2017. Menschenhandel. Arbeitsausbeutung, sexuelle Ausbeutung. Ausbeutung von Betteltätigkeit und strafbaren Handlungen. Berlin: KOK

te trotz mehrjährigen Aufenthalts hier bislang nie öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Hinzu kam, dass er die deutsche Sprache kaum verstand und nicht lesen konnte. Dies bedeutete, er musste zu allen Terminen dort abgeholt und auch dorthin wieder zurückgebracht werden. Die sozial-psychiatrische Begutachtung im Laufe des Prozesses bestätigte, dass es für Eric eine besonders schwierige Aufgabe ist, auf sich allein gestellt zu sein, und dass besonders solche Personen, die aus gesundheitlichen Gründen, seien diese geistiger oder physischer Natur, mit hoher Wahrscheinlichkeit in Abhängigkeits- und Gewaltbeziehungen geraten. Für den Sozialpsychiatrischen Dienst Friedrichshain-Kreuzberg war er ein solcher Fall.

Weitere Aufgaben und Begleitungen von Eric durch uns werden wie folgt zusammengefasst, daneben fanden noch eine große Anzahl von Telefonaten statt mit Einrichtungen, Trägern und Behörden, die uns jedoch leider bei diesem Fall oft nicht weiterhelfen konnten.

- Vorsprache bei der Rückkehr- und Weiterwanderungsberatungsstelle des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF);
- Kontaktaufnahme mit der Botschaft zur Identitätsfeststellung;
- Telefonischer Kontakt mit der Sozialarbeiterin im Herkunftsdorf;
- Telefonischer Kontakt mit der Familie von Eric durch ihn selbst und unsere Kollegin;
- Begleitung zum Landeskriminalamt, um Anzeige gegen Frau M. zu erstatten. Auch für den Beamten des LKA war der Fall herausfordernd und mit vielen Unsicherheiten verbunden, da er seit der veränderten Gesetzeslage keinen Fall von Menschenhandel hatte.

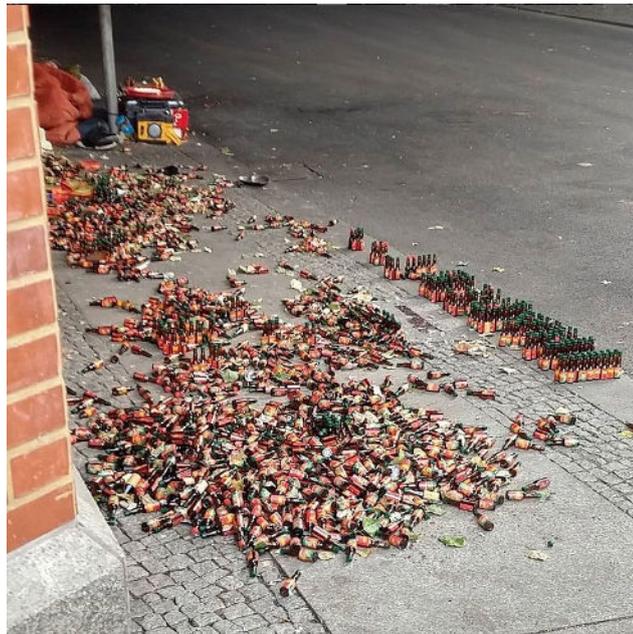
- Kontaktaufnahme mit Internationale Organisation für Migration (IOM);
- Antrag auf freiwillige Rückkehr;
- Antrag auf Kostenübernahme wegen Verdachts auf Menschenhandel;
- Kontaktaufnahme mit dem Gesundheitsamt, konkret dem Sozialpsychiatrischen Dienst, zur Festlegung eines Termins für eine sozial-psychiatrische Begutachtung;
- Verschiedene, sich anschließende und meist mehrfache Behördengänge oder Aufgaben (LAF, Botschaft, Telefonate mit seiner Familie und der Sozialarbeiterin vor Ort u.a.);
- Kontakt mit einer Einrichtung im Herkunftsland, die Eric am Flughafen abholen sollte;
- Hostel-Unterbringung am Tag vor der Abreise;
- Begleitung zum Berliner Hauptbahnhof und Vermittlung des Falls an einen psychosozial ausgebildeten, muttersprachlichen Escort, der Eric im Herkunftsland begleiten sollte
- Mit dieser Begleitung fuhr Eric per Bahn nach Düsseldorf, um von dort aus in die Hauptstadt seines Geburtslandes zu fliegen.
- Am dortigen Flughafen wurde er vom örtlichen Büro des IOM abgeholt und per PKW in einer mehrstündigen Fahrt in das Dorf seiner Familie gebracht.

Nach abschließenden Telefonaten wurde der Fall von uns als erfolgreich abgeschlossen bewertet. Eric war bei seiner Familie angekommen und wurde dort in Empfang genommen. Insgesamt kannten wir Eric bereits über ein Jahr, bevor er uns gegenüber den Wunsch nach Rückkehr geäußert hatte. Der anschließende Prozess dauerte daraufhin fünf Monate. Diese lange Dauer lag an den teilweise schwierigen Bedingungen, während der Pandemie Termini-

ne zu bekommen, als auch daran, dass neue Schritte mit Eric vor Ort besprochen werden mussten und er telefonisch nicht erreichbar war. Glücklicherweise konnten wir hier auch mit einer Tagesstätte für wohnungslose Menschen zusammenarbeiten, in der er sich häufig aufhielt.

Fallbeispiel S.

Im Oktober 2018 wurde in Berlin die Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen ins Leben gerufen, betrieben von der Berliner Stadtmission. Das hat neue Möglichkeiten für wohnungslose Migrant*innen eröffnet, die in der Regel über keinen Versicherungsschutz in Deutschland verfügen. Im Jahr 2020 haben wir intensiv mit einem polnischen Klienten (Herrn S.) gearbeitet. Dieser berichtete uns nach einer Weile, dass er einen Entzug vom Heroin machen möchte und endlich wieder arbeitsfähig sein will. Hier beschreiben wir den komplizierten Prozess, den wir mit unserem Adressaten durchgemacht haben.



Herr S. ist 40, kommt aus Polen und lebt seit mehreren Jahren auf der Straße in Berlin. Als wir ihn kennengelernt haben, war er alkohol- und heroinabhängig und stark suizidal. Tagsüber stand er mit anderen Menschen, abwechselnd in Schichten eingeteilt, vor einer Bankfiliale in Kreuzberg, um Geld für Heroin zu verdienen. Im Juli haben wir Herrn S. wegen starker Bauchschmerzen zur Malteser Migrantenmedizin⁷

begleitet, wo in einer ersten Untersuchung festgestellt wurde, dass er vermutlich schnellstmöglich einen Entzug braucht, weil vermutlich manche seiner Organe bereits suchtsbedingt geschädigt sind. Daraufhin erhielt er sofort einen Termin in einem naheliegenden Labor, wohin wir ihn begleiteten. Anschließend erhielt S. einen erneuten Termin zur genaueren Besprechung der Ergebnisse. Zu diesem Termin konnten wir S. nicht begleiten, weil dieser sehr kurzfristig war und wir bereits mit anderen Adressat*innen verabredet waren.

Herr S. fuhr dort alleine hin und musste aufgrund langer Wartezeiten und einsetzenden Heroin-Entzugserscheinungen ohne mit dem

Arzt gesprochen zu haben wieder fahren. Dies berichtete S. uns, als wir ihn das nächste Mal wieder getroffen hatten. Wir vereinbarten in seinem Beisein einen erneuten Termin, zu dem wir ihn begleiteten. Der Arzt vor Ort riet S. dringend, einen Alkoholentzug zur Überwindung seiner Sucht durchzuführen. Herr S. hatte allerdings darauf bestanden, dass er einen Heroinentzug machen

möchte, da diese Sucht ihn aus seiner Sicht daran hindert, arbeiten zu können. Denn hierfür musste er täglich viele Stunden vor der Bankfiliale verbringen, um in regelmäßigen Abständen Heroin besorgen zu können, zugleich konnte er deswegen nicht mehrere Stunden am Tag am Stück einer Tätigkeit nachgehen. Herr S. hat auch gegenüber dem Arzt mehrfach geäußert, dass sein schlechter psychischer Zustand mit

⁷ Die Malteser Migrantenmedizin versorgt Menschen ohne Krankenversicherung.

seiner Heroinsucht zusammenhängt und dass er deswegen dringend einen Entzug braucht. Am Ende des Gesprächs erhielten wir die Zusage des Arztes, dass er ein Schreiben aufsetzt, das einen Heroinentzug befürwortet.

Damit begann der Prozess der Organisation einer Entgiftung. Dieser Prozess bedeutete bei diversen Stellen jeweils mehrfache Termine:

- Clearingstelle zur Koordinierung des Prozesses
- Malteser Migrantenmedizin für eine medizinische Einschätzung
- Labor zur Blutabnahme
- Drogenberatungsstelle zur Ausstellung einer Bescheinigung für die Entgiftung.

Insgesamt musste Herr S. innerhalb von zwei Monaten viele unterschiedliche Termine wahrnehmen, was für ihn wegen seiner Sucht und des schlechten psychischen Zustandes eine sehr große Belastung darstellte. Zudem wurden wir von einer Mitarbeiterin der Clearingstelle informiert, dass es durchaus monatelang dauern kann, bis Herr S. einen Platz für den Entzug bekommt. Herr S. musste also unterschiedliche Termine wahrnehmen, wusste aber nicht, ob ihm schnell genug geholfen wird. Für Menschen in akuten Notlagen ein unerträglicher Zustand. Wir blieben mit ihm die ganze Zeit im intensiven Kontakt: wir haben ihn regelmäßig besucht und mit ihm telefoniert. Auch brachten wir ihm immer, wenn wir ihn getroffen haben, sein Wunschessen und besorgten Kaffee, da aufgrund von Corona die Menschen weniger Geld an der Bankfiliale gaben und er das, was er einnahm, für seine Sucht brauchte. Die Sucht hinderte ihn auch daran, regelmäßig Einrichtungen aufzusuchen und sich hier zu versorgen, auch traute er sich deshalb nicht zu, Notübernachtungen aufzusuchen. Die meist geänderten coronabedingten Öffnungszeiten kollidierten

mit seinem Rhythmus der Sucht. Dies stellte natürlich eine Ausnahme dar, da wir nicht allen Menschen, mit denen wir arbeiten Essen kaufen können, in diesem Fall war dies aber für uns aus fachlicher Sicht zwingend notwendig, um ihn möglichst stabil zu halten.

Sein psychischer Zustand hat sich allerdings verschlechtert. Herr S. hat bei Treffen geäußert, dass er die Situation nicht mehr aushalten kann, die Wartezeit ihn zermürbt und dass er sich umbringen will. Wir haben ihn über Möglichkeiten informiert, sich wegen Suizid-Gedanken ins Krankenhaus einweisen zu lassen. Nach intensiven Gesprächen hat er uns jedoch jedes Mal versichert, dass es ihm jetzt besser gehe, dank unserer Gesprächsintervention. Nach drei Monaten in diesem Zustand haben wir erfahren, dass Herr S. versucht hat, Selbstmord zu begehen und deswegen ins Krankenhaus eingewiesen wurde. Aus diesem Grund mussten wir den nächsten persönlichen Termin für ihn bei der Clearingstelle absagen und haben darum gebeten, die notwendigen Unterlagen vom Herrn S. per E-mail zuschicken zu können, was auch funktionierte. Ein paar Tage später haben wir allerdings erfahren, dass Herr S. einen Platz zur Entgiftung durch die Clearingstelle organisiert bekommen hatte, wir darüber nicht informiert wurden und der Platz somit an eine andere Person vergeben wurde. Allerdings war er zu diesem Zeitpunkt noch im Krankenhaus und wurde wegen seiner Selbstmordgedanken behandelt.

Nach monatelangen Bemühungen und zahlreichen Terminen war das für unser Team sehr frustrierend. Auch ständiger Kontakt zu einer suizidalen Person, der aufgrund bürokratischer Verfahren nicht oder nur sehr schleppend geholfen wird, hat eine große psychische Belastung für uns dargestellt – vor allem für die polnische Mitarbeiterin, die auf Grund der Sprache am meistens mit dem Adressaten gearbeitet hatte.

Da Herr S. schon im Krankenhaus war, haben wir nun versucht, einen anderen Weg zu gehen. Wir haben den direkten Kontakt mit dem Krankenhaus gesucht und haben versucht, dort schnellstmöglich (auf Grund seiner Suizidalität) neuen Entgiftungstermin für Herrn S. zu vereinbaren. Der Prozess war sehr aufwendig. Wir haben viele Telefonate mit dem Krankenhaus und mit der Clearingstelle geführt, um die notwendige Kostenübernahme zu klären. Der zuständige Arzt im Krankenhaus war sehr bemüht und musste zwei Mal ärztliche Befunde schreiben, um nachzuweisen, dass eine stationäre Suchtbehandlung notwendig ist. Der Termin zur Aufnahme von Herrn S. wurde mit der Krankenhausstation vereinbart – leider konnte das Krankenhaus so schnell keine Kostenübernahme der Clearingstelle erhalten. Somit wurde Herr S. wieder entlassen. Vor allen Dingen für ihn, aber auch für uns war dies extrem belastend. Immerhin hatten wir von allen Seiten die Zusage, dass sich bemüht wird, so schnell wie möglich einen Platz für ihn zu reservieren. Eine Woche später war es dann geschafft, Herr S. wurde stationär aufgenommen und machte eine Entgiftung. Nach seiner Entlassung war er weiterhin stabil und wurde nicht rückfällig. Er suchte zwar seinen alten Platz an der Bankfiliale auf, ging nun aber regelmäßig in Notübernachtungsstellen



und begab sich auf Arbeitssuche und rief uns regelmäßig an.⁸

Der ganze Prozess war extrem lang, aufwendig, bürokratisch und vor allen Dingen für alle Beteiligten sehr belastend, am meisten für den Adressaten. Aber auch für uns war dies eine ständige Unsicherheit, ob wir alles richtiggemacht hatten, auch wenn wir uns gegenseitig beraten haben und externen Rat mit einbezogen hatten. Herr S. hatte es geschafft, trotz seiner Sucht und psychischen Probleme die zahlreiche notwendige Schritte zu gehen und die Termine wahrzunehmen. Ohne unsere Begleitung und Beratung wäre dies allerdings nicht möglich gewesen. Wir sind uns sicher, dass viele Personen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, nicht in der Lage sind, solch einen intensiven Prozess zu durchlaufen. Alle Institutionen, mit denen wir gearbeitet haben, waren informiert, dass Herr S. starke Suizidgedanken hat. Trotzdem war es nicht möglich, den Prozess schneller und weniger bürokratisch zu gestalten, und dies hat Herrn S. dazu gebracht, den Selbstmordversuch zu begehen. Dabei ist uns selbstverständlich klar, dass alle Beteiligten in dieser Zeit selbst am Limit gearbeitet haben – zum einen aufgrund der vielen Menschen, mit denen sie arbeiten, und natürlich wegen der besonderen Corona-Situation.

⁷ Anfang 2021 berichtete uns Herr S., dass er über einen Bekannten Arbeit in Köln bei dessen Familie in einem Gartenbaubetrieb bekommen könnte. Ihm und seinem Bekannten würde lediglich das Geld für die Fahrkarte fehlen. Da wir ausschließlich in sehr wichtigen Ausnahmefällen Fahrkarten für Fernzüge ausgeben, überlegten wir kurz und entschieden uns dazu, in diesem Fall seinem Wunsch nachzugehen. Wir besorgten ein Zugticket für die beiden, statteten sie mit Masken für die Zugfahrt aus und gaben S. vorsichtshalber den Kontakt eines Kollegen der Wohnungslosenhilfe in Köln, mit dem wir seit längerem kennen. Anfang März rief uns S. an, sein Bekannter wäre gerade im Krankenhaus, weshalb sie noch nicht mit der Arbeit beginnen konnten, dieser aber demnächst entlassen wird, er aber zumindest in der Kölner Wohnungslosenhilfe angekommen ist.

Für beide Fallbeispiele hätten wir uns rückblickend gewünscht bzw. fordern wir für die Zukunft:

- Reflexion aller involvierten Behörden über die Hochschwelligkeit und den bürokratischen Aufwand der Prozesse
- Finanzierung von mehr spezifischen Sozialarbeiter/innen-Stellen zu diesen Themen, welche die Menschen auch zu ihren Terminen begleiten können
- Ein Konzept für einen schnelleren und besonders leichten Zugang zur Unterbringung und (Gesundheits-)Versorgung bei Verdacht auf Menschenhandel
- Einen generellen und unbürokratischeren Zugang für Menschen ohne Krankenversicherung ins Gesundheitssystem

TEAM XHAIN RUMMELSBURGER BUCHT

Viel wurde über die Rummelsburger Bucht und das sich dort befindende Camp 2020 berichtet. Auch in den Jahren zuvor war der Ort in der medialen Öffentlichkeit präsent. Wir waren im gesamten Jahr mit vielen Menschen, die dort lebten, im Kontakt. Durch diverse begonnene Baumaßnahmen wurde die Gesamtfläche des Camps immer kleiner, jedoch waren kaum weniger Menschen vor Ort. Dies führte zu einer immer weiteren Verdichtung der noch genutzten Fläche. Die Arbeiten vor Ort waren der Beginn einer Nutzbarmachung der Fläche für eine berlinweit höchst umstrittene Bebau-

ung. Leider gab es weder von Senatsseite als auch von Bezirksseite ernsthafte Bemühungen, für die Menschen vor Ort eine Lösung zu finden bzw. konnten wir hier oft eine Ratlosigkeit feststellen. Auch eine gegenseitige Verantwortungszuschreibung der unterschiedlichen politischen Ebenen ließ Bemühungen eher versanden als dass ein konstruktiver Prozess begonnen wurde. Viele der Menschen hier waren nicht leistungsberechtigt, sodass sie nicht im regulären Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe untergebracht werden konnten; noch gab es für viele hier lebende passende Angebote, sodass sie es vorgezogen oder keine andere Möglichkeit hatten, als hier zu leben. Durch Senatsmittel errichtete Müllcontainer und Toiletten wurden wieder entfernt, was die Lebenssituation der Menschen deutlich verschlechterte.



Wir trafen die hier lebenden Menschen neben unseren Besuchen im Camp auch regelmäßig im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg an und unterbreiteten ihnen unsere Angebote. Auch waren wir mit anderen Trägern wie Straßenkinder e.V. und dem HVD im Austausch.

⁹ In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar wurde die Rummelsburger Bucht in einer kurzfristigen und für alle völlig überraschenden Aktion durch Senat, Bezirk und vermeintliche Sozialarbeiter*innen geräumt. Seither gab es viele Schuldzuschreibungen auf unterschiedlichen Ebenen und ein Kompetenzwirrwarr. Die Leidtragenden sind die Menschen, welche vor Ort lebten, viele konnten ihre persönlichen Sachen nicht retten. Das Gelände wurde unmittelbar nach der Räumung von den Eigentümer*innen abgeriegelt und die Hütten abgerissen. Nicht alle Menschen schafften es, sich zu den eingeräumten Abholterminen ihre Sachen abzuholen. Seither waren wir an vielen Runden beteiligt, um über diese Aktion zu diskutieren, und wir haben bis heute (Mitte März) nicht alle Menschen wieder angetroffen, mit denen wir vor der Räumung im Kontakt waren. Im nächsten Jahresbericht werden wir aufs Ausführlichste auf dieses Thema eingehen. <https://gangway.de/die-bucht/>

TEAM FOCUS

Das Team Focus setzte seine Arbeit in den Sozialräumen um den Bahnhof Zoo und den Ostbahnhof fort und erweiterte sein Gebiet durch den Bezirk Lichtenberg, wobei sich hier die Arbeit schwerpunktmäßig auf den Bahnhof Lichtenberg und dessen Umfeld konzentrierte. Der Bereich der Rummelsburger Bucht wurde, obwohl dieser dem Bezirk Lichtenberg zuzuordnen ist, vom Team X-hain übernommen, da dieses Team sich bereits schon vorher darum gekümmert hatte. Ein Kontaktaufbau durch Team Focus hätte eine gewisse Zeit in Anspruch genommen – und nachdem das Obdachlosenlager dort in absehbarer Zeit verschwinden würde, war es wenig sinnvoll, ein für die Menschen neues Team zu installieren.

Die Projekte des Teams und die Netzwerkarbeit wurde fortgesetzt und erweitert. Abgesehen von der Pandemiesituation waren verschiedene sozialräumliche Veränderungen während des Berichtszeitraums sehr prägnant. Im Folgenden wird die Situation an den einzelnen Standorten sowie die Projekte des Teams beschrieben.

TEAM FOCUS

BAHNHOF LICHTENBERG

Bahnhöfe bzw. Fernbahnhöfe waren schon immer Treffpunkte für obdach- und wohnungslose Menschen. Daran ist nichts ungewöhnlich, da Bahnhöfe im Allgemeinen häufig über eine gute Verkehrsinfrastruktur und Versorgungslage verfügen und daher Anziehungspunkte sind.

Zudem befindet sich am Bahnhof Lichtenberg in der Weitlingstraße seit über zwei Jahrzehnten eine Anlaufstelle für obdach- und wohnungslose Menschen. 2013 wechselte die Trägerschaft von MUT e.V. zum HVD (Humanistischer Verband

Deutschland) und dieser übernahm den Tagestreff für Bedürftige. Somit gehören obdach- und wohnungslose Menschen schon eine ganze Weile zum Stadtbild von Lichtenberg. Es stand schon in der Vergangenheit zur Diskussion, professionelle Straßensozialarbeit dort am Bahnhof anzubieten. Im Jahr 2018 gab es eine interne Umstrukturierung bei Gangway im Erwachsenenbereich, bei der der Bezirk Lichtenberg in die Feldforschung miteinbezogen wurde. Jedoch konnten der Bezirk bzw. der Bahnhof nicht mit in die Rundgänge des damals bestehenden Teams integriert werden. Grund hierfür war eine veränderte Planung seitens des Senats.

Viele der sich dort aufhaltenden obdach- und wohnungslosen Menschen waren Gangway bereits bekannt und es bestand ein enger Austausch mit dem HVD.

Im Winter 2018/19 sollte es zunächst keine Kältebahnhöfe geben. In den Jahren zuvor wurden die U-Bahnhöfe Hansaplatz, Schillingstraße und Südstern als Kältebahnhöfe genehmigt. Aufgrund der einbrechenden Kältewelle wurde der U-Bahnhof Moritzplatz (sozialarbeiterisch begleitet durch die Stadtmission) und der Bahnhof Lichtenberg (begleitet durch Karuna) in Absprache mit der Senatorin für Soziales, Elke Breitenbach, und der BVG als Kältebahnhöfe zugelassen.

Während der Kälteperiode hielten sich mehr Adressat*Innen als gewöhnlich auf. Es nutzten ca. 20 bis 30 Personen den Bahnhof Lichtenberg bzw. das Zwischendeck der U 5 als Schlafplatz. Gangway war immer wieder vor Ort, um Beratung, Unterstützung und Begleitungen anzubieten. Dabei konnte man sich auch ein Bild der damals aktuellen Lage machen.

Nach dem Ende der Wintersaison hatten sich etliche Obdachlose im Bereich des Vorplatzes eingerichtet. Im Anschluss bildete sich ein

Obdachlosenlager auf dem Bahnhofsvorplatz und man konnte dort tagsüber bis zu 80 Wohnungslose antreffen. Innerhalb kürzester Zeit gab es zahlreiche Beschwerden von Anwohner*Innen, die sich unter anderem durch Müll und Lärm belästigt gefühlt hatten.

In der darauffolgenden Bezirksverordnetenversammlung nahm die CDU den Faden auf und forderte eine umgehende Räumung. Michael Grunst (Bezirksbürgermeister Lichtenberg) sprach sich stattdessen für eine „soziale Lösung“ aus. Die Suche nach sicheren Orten (Safe Places) bzw. Ausweicharealen für die Menschen müsse gewährleistet werden. Dies gestaltete sich in der Umsetzung jedoch schwierig, da es kaum passende Ausweichmöglichkeiten gäbe. Es kam seitens des Bezirks die Idee auf, einen

Platzmanager für den Bahnhof Lichtenberg zu installieren, der für geeignete Lösungsansätze sorgen sollte. Der Platzmanager solle dem HVD angegliedert werden und der Bezirk sei bereit, für zwei Jahre eine Stelle zu finanzieren.

An den Zuständen änderte sich allerdings nichts und das Lager wurde geduldet. Doch im Sommer 2019 hat die DB (Deutsche Bahn) beschlossen, den Bahnhofsvorplatz (Privatgelände) ohne Absprache mit dem Bezirk räumen zu lassen. Grund dafür seien Fahrradständer, die die Deutsche Bahn dort anbringen wollte. Diese sind bis heute nur zum Teil aufgestellt worden. Im Oktober 2019 begann der Sozialarbeiter Josef Perzinger seine Stelle als Platzmanager am Bahnhof Lichtenberg. Herr Perzinger sollte vermitteln, zwischen den sich vor Ort aufhaltenden Obdachlosen, den Nutzer*Innen des Bahnhofs,



den Gewerbetreibenden, der Polizei, der DB und den Anwohner*Innen. Die zuvor vorhandene Szene war zu diesem Zeitpunkt jedoch zu einem großen Teil bereits verdrängt worden.

Nach relativ kurzer Zeit kündigte der Platzmanager seine Stelle und diese konnte erst im Spätsommer 2020 wieder besetzt werden. Die Karuna-Sozialgenossenschaft war vorübergehend mit ihrem Angebot vor Ort, hat sich dann im Laufe des Jahres 2020 vom Bahnhof zurückgezogen.

Gangway erhielt währenddessen den offiziellen Auftrag vom Senat/Bezirk, Straßensozialarbeit mit einer zusätzlichen Stelle in Lichtenberg anzubieten. Es wurde gewünscht, sich mit der Platzmanagerin des HVD zu vernetzen. Von unserer Seite wurde klar kommuniziert, dass wir keine ordnungspolitischen Aufgaben übernehmen und dass wir parteilich für die Interessen unserer Adressat*innen eintreten und diesen beratend zur Seite stehen werden. Unsere Tätigkeit begann mit einer Sozialraumerkundung im gesamten Bezirk, wobei sich sehr schnell der Bahnhof als relevanter Ort herauskristallisierte.

Im Frühjahr 2020 wurden die Sitzbänke auf dem Bahnhofsvorplatz entfernt. Vor dem dortigen Imbiss versammelte sich häufig die Trinkerszene. Auf Anfrage von Gangway, was die Demontierung der Sitzbänke solle, antwortete die DB-Sicherheit, „dass aufgrund der Pandemie, die Bänke abmontiert wurden und sobald es wieder möglich ist, würden diese an die gleiche Stelle zurück montiert“ werden.

Im Austausch stehend, hatten der HVD und Gangway das Gefühl, dass man diese Aktion auch als subtile Verdrängung interpretieren könne. In der Folge wurde der Bahnhof von Wohnungslosen kaum noch als Nachtlager genutzt. Dennoch hielten sich tagsüber zahlreiche Obdachlose auf dem Vorplatz und dessen näherer Umgebung auf.

Für diese gestaltete sich der Aufenthalt auf dem Vorplatz schwierig bzw. als fast unmöglich. Denn: Die DB- und BVG-Sicherheit führte verschärfte Patrouillen ein. Die Szene verlagerte sich danach auf ein Privatgrundstück auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Das Grundstück befand sich unmittelbar vor einer Grundschule, was nicht toleriert wurde, da seitens der Schule die Gruppe von 6 Personen keine Vorbildfunktion habe. Der Eigentümer installierte einen Bauzaun und die Gruppe wurde abermals verdrängt. Daraufhin verlagerten sich die Menschen unter die naheliegende Brücke. Doch auch da würden sie stören, da viele Kinder den Weg als Schulweg benutzten.

Der Druck seitens des Bezirks Lichtenberg wurde immer größer. Deshalb beschloss das Team Focus, den Bahnhof Lichtenberg in den Präsenzplan einzubinden und Beratungen anzubieten. Die Feldforschung hat zudem offensichtlich dazu beigetragen, dass Hauptaugenmerk auf den Bahnhof, den Vorplatz und die unmittelbare Umgebung zu begrenzen.

Es wurden nach und nach mehrere Runde Tische einberufen. Anwesend waren: Bezirksbürgermeister (Herr Grunst), DB-Sicherheit, BVG-Sicherheit, Polizei, Ordnungsamt, Gewerbetreibende, Anwohner*Innen, Grundschuldirektorin + Elternvertretung, HVD und Gangway. Die Situation am Bahnhof und in der näheren Umgebung wurde erläutert. Keiner der dort Anwesenden äußerte die Absicht, die Obdach- und Wohnungslosen zu vertreiben. Fast alle waren der gleichen Meinung, dass geeignete Plätze gefunden werden müssten. Es müssten Safe Places geschaffen werden, wo die Menschen leben können, ohne ständig vertrieben zu werden.

Die Treffen allgemein hinterließ dennoch einen bitteren Beigeschmack von starken Verdrängungsabsichten, die darauf zurückzuführen sind, dass während der gesamten Zeit seitens

der DB- und BVG-Sicherheit (siehe Fahrradständer, Bänke), Platzverweise durch Ordnungsamt und Polizei (Privatgelände + Skaterbahn + Parkplatz + Brücke) ausgesprochen wurden.

Bei den jeweiligen Terminen wurden insgesamt vier mögliche Flächen in der unmittelbaren Umgebung vorgeschlagen. Diese wurden dann gemeinsam vor Ort begangen und beurteilt. Zwei Flächen wurden als nicht geeignet eingestuft, die anderen beiden Flächen stehen noch zur Prüfung aus. Hier bestehen seitens Gangway und dem HVD allerdings Bedenken, dass es zu Unmut kommen könnte, wenn dort tatsächlich „Safe Places“ entstehen sollten.

Geplant ist, ein bis zwei Adressat*Innen an dem nächsten Runden Tisch zu beteiligen, hier soll die Perspektive der obdach- und wohnungslosen Menschen angehört werden.

TEAM FOCUS OSTBAHNHOF

Mit Beginn der Pandemie entstand der Eindruck, dass sich die Anzahl an Obdachlosen an diesem Ort stark verringert hätte, da sie an den sonst üblichen Orten kaum noch vorzufinden waren. Vor allem der Bahnhofsvorplatz und die Bahnhofshalle wurden kaum noch genutzt, da aufgrund des stark eingeschränkten Reiseverkehrs hier kaum noch Menschen waren. Die obdachlosen Personen hatten sich jedoch lediglich andere Orte im Umfeld des Bahnhofs gesucht. Während des ersten Lockdowns brach das Angebot für Wohnungslose am Bahnhof mit Ausnahme der Straßensozialarbeit vollständig zusammen. Sowohl die Bahnhofsmission als auch die Arztpraxis am Stralauer Platz stellten ihr Angebot ein und beschränkten sich in der Folgezeit darauf, Essen aus dem Fenster zu reichen. In der Folgezeit entstand ein sehr großes Angebot an Essensausgaben.

Catering-Unternehmen kooperierten mit sozialen Trägern und verteilten Essen auf der Rückseite des Bahnhofs. Des Weiteren gab es auch zahlreiche Privatpersonen, teilweise Restaurant Betreiber*innen, die Essen an Obdachlose verteilten. Vor der Bahnhofsmission installierten unsere Kolleg*innen aus dem Jugendteam von Gangway e.V. einen Gabenzaun. Diesbezüglich herrschte in der Folgezeit eher ein Überangebot, während andere Angebote wegfielen (Hygiene, Beratung, etc.).



Während des Jahres hatten Räumungen mehrfach eine Verschiebung einzelner Gruppen zur Folge. Im Frühjahr wurde ein altes Fabrikgelände in der Krautstraße, das von einer größeren Gruppe Obdachloser genutzt wurde, durch den Eigentümer geräumt. Ebenso wurde die Unterführung in der Koppenstraße geräumt, da hier eine Bushaltestelle entstehen sollte. Dies wurde uns durch die BVG mitgeteilt. Ein Teil der geräumten Personen wickelte sich auf eine Grünfläche hinter der Schillingbrücke aus, die bereits zum Bezirk Mitte gehört. Auch dieses Lager sollte geräumt werden. Wir führten Gespräche mit den Außendienstmitarbeitenden der sozialen Wohn-



hilfe Berlin Mitte. Da die obdachlosen Menschen keine Unterbringung wünschten, wurde dem Bürgermeister des Bezirks die Situation erläutert und darauf hingewiesen, dass die Gruppe sich bei einer Räumung einen anderen Ort suchen wird und dieser vermutlich ein deutlich höheres Konfliktpotential mit sich bringt als der Ort an der Schillingbrücke. Hier gibt es keine direkt Anwohnenden, so dass Nutzungskonflikte nicht zu erwarten sind. Diese Argumentation überzeugte den Bezirksmeister Herrn von Das-

sel, der sonst eher durch eine repressive Vorgehensweise bekannt ist, und er sprach eine Duldung unter Auflagen (keine Vermüllung, keine Vergrößerung des Lagers, keine Beschwerden von Anwohnenden, regelmäßiger Kontakt zu aufsuchenden Sozialarbeitenden etc.) bis zum 31.12.2020 aus, die Ende des Jahres bis zum 31.12.2021 verlängert wurde. Dass der derzeitige Bürgermeister des Bezirks auf diese Art verfährt, stellt ein Novum dar.

TEAM FOCUS

BAHNHOF ZOO UND UMGEBUNG

Am Bahnhof Zoo gab es keine gravierenden Veränderungen in der Arbeit, die speziell mit den örtlichen Gegebenheiten zu tun haben. Die Bahnmissionsmission, die nun zum Zentrum am Zoo umgewandelt wird, hat eine Sozialarbeiterin und zwei Psychologinnen einstellen können, die auch aufsuchend im Umfeld des Bahnhofs tätig sind. Während sich die Stadtmission am Zoo zuvor in der Hauptsache auf eine materielle Versorgung der Adressat*innen konzentrierte, ist ihr Angebot an Beratung dadurch verstärkt worden. Bei der Vielzahl an Menschen, die sich dort aufhalten, ist dies eine sinnvolle Ergänzung. Die Stadtmission arbeitet zum Teil mit anderen Ansätzen als Gangway, wodurch das Angebot vielfältiger wurde und somit obdachlose Menschen besser erreicht werden können.

Durch die Bauarbeiten am Bahnhof, die das gesamte Jahr über andauerten, gab es einerseits ein beschränktes Platzangebot und andererseits kam es zu Verdrängungseffekten. In der Unterführung zwischen Jebensstraße und Hardenbergplatz neben der Bahnmissionsmission wurde zeitweilig ein Bauzaun errichtet, um an der dahinter liegenden Wandarbeiten durchzuführen und dieser verdrängte die Menschen, die dort lagerten. Der Zaun stand dort deutlich vor Beginn der Arbeiten und blieb auch nach Beendigung dieser weiterhin stehen. Zeitgleich wurden an der Decke der Unterführung drei Kameras installiert, die zum Teil direkt die Schlar-

plätze von Obdachlosen im Blickfeld haben.

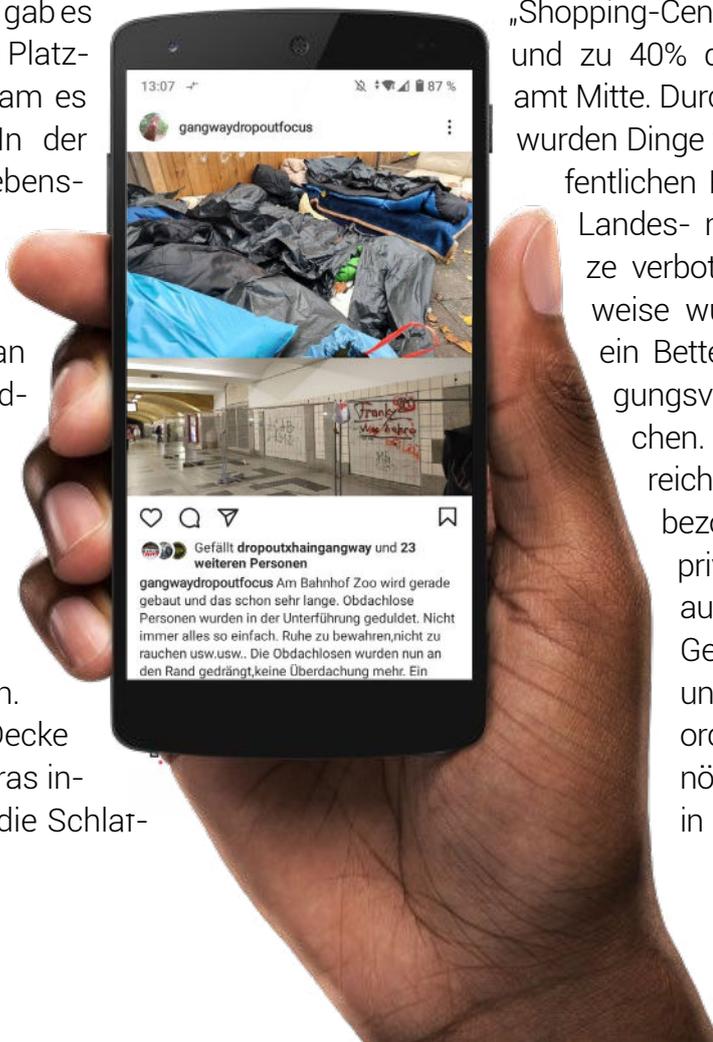
Im weiteren Umfeld des Bahnhofs gab es pandemiebedingt einige Verlagerungen von Gruppen und Einzelpersonen. Die „Einkaufsmeile“ Tauentzienstraße / Kurfürstendamm wurde kaum noch genutzt, da sich hier nur noch wenige Menschen aufhielten.

Im besonderen Fokus stand im letzten Jahr für uns der Hansaplatz im Umfeld des Bahnhofs Zoo.

TEAM FOCUS

HANSAPLATZ

Bereits im Jahr 2019 wurde am Hansaplatz für eine befristete Zeit ein privater Sicherheitsdienst eingesetzt, dessen Tätigkeit am 31.12.2019 endete. Im Frühjahr 2020 wurde der Sicherheitsdienst wieder installiert, verbunden mit einer Platzordnung, die dieser durchsetzen sollte. Finanziert wurde dies zu 60% vom Eigentümer des „Shopping-Center im Hansaviertel“ und zu 40% durch das Bezirksamt Mitte. Durch die Platzordnung wurden Dinge verboten, die im öffentlichen Raum weder durch Landes- noch Bundesgesetze verboten sind. Beispielsweise wurden ein Alkohol-, ein Bettel- und ein Nächtigungsverbot ausgesprochen. Der Geltungsbereich der Platzordnung bezog sich sowohl auf privates Gelände als auch auf öffentliches Gebiet. Des Weiteren untersagte die Platzordnung einen „unnotigen Aufenthalt“ in diesem Bereich,



PLATZORDNUNG

Shopping-Center im Hansaviertel, Bartningallee 1, 3 und 5

Sehr geehrte Besucher/innen,
damit Sie sich bei uns sicher und wohl fühlen,
ist es erforderlich, dass einige Dinge geregelt
sind. Deshalb haben wir diese Platzordnung
erstellt. Die nachfolgenden Punkte gelten für
das öffentlich zugängliche Gelände des
Shopping Centers und die Freiflächen der
Gebäude Bartningallee 1, 3 und 5.



- Geltungsbereich Platzordnung
- Einsatzbereich Platzdienst

Verstöße gegen diese Platzordnung können zu
Platzverweis, Platz- bzw. Betretungsverbot,
Strafverfolgung und Schadenersatzforderun-
gen führen.

Das Hausrecht obliegt der Shopping-Center
im Hansaviertel GmbH sowie dem mit der
Ausübung beauftragten Platzdienst.



Abfälle, Zigaretten und Kaugummis gehören in
die Abfallbehälter. Sonstige Verunreinigungen
– auch urinieren – sind untersagt.



Hunde sind an der Leine zu führen. Verunreini-
gungen sind vom Hundebesitzer zu beseitigen.



Das Trinken von Alkohol außerhalb von gastro-
nomischen Einrichtungen ist untersagt.



Es ist untersagt, Betäubungsmittel mit sich zu
führen, mit diesen zu handeln oder diese zu
konsumieren.



Aggressives betteln, hausieren und nächtigen
ist nicht gestattet.



Fahr- und Krafträder sowie E-Roller müssen
geschoben werden. Das Fahren von Skate-
boards, Inlinern etc. ist aus Sicherheitsgründen
nicht gestattet.



Für das Feilbieten von Waren, Veranstaltungen
und Versammlungen im Bereich des Shopping-
Centers benötigen Sie eine Genehmigung der
Shopping-Center im Hansaviertel GmbH.

was so nicht nur vom Gesetz nicht vorgesehen ist, sondern dem Artikel 11 (Freizügigkeit) des Grundgesetzes widerspricht. Im Privatraum sind Regelungen, die über gesetzliche Bestimmungen hinaus gehen zulässig, nicht aber auf öffentlichem Grund.

Hintergrund dieser Vorgehensweise ist ein seit Jahren bestehender Nutzungskonflikt am Hansaplatz, der vor allem von einer relativ kleinen Gruppe Anwohnender massiv ausgetragen wird und der es offensichtlich immer wieder gelingt, Personen und Institutionen davon zu überzeugen, dass die öffentliche Sicherheit am Hansaplatz aufgrund der Anwesenheit obdachloser Menschen nicht mehr gewährleistet ist, was den Einschätzungen der Polizei widerspricht.

Gegen die Vorgehensweise des Bezirksamtes gingen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vor. Zunächst suchten wir das Gespräch mit dem Bezirksamt und erklärten unsere Haltung. Zeitgleich baten wir einen Anwalt um eine juristische Einschätzung, der uns unsere Bedenken bestätigte, dass dieses Vorgehen nicht nur rechts-, sondern verfassungswidrig ist. Als wir den Eindruck hatten, dass das Bezirksamt nicht gewillt war, dies zurück zu nehmen, wandten wir uns an die Presse und schrieben verschiedene Bezirksverordnete der BVV sowie den zuständigen Polizeiabschnitt an. Des Weiteren veröffentlichten wir verschiedene Artikel auf unserer Homepage und trugen das Thema in diverse Arbeitskreise. Außerdem suchten wir das Gespräch mit dem GRIPS-Theater, das ebenfalls eine Mail diesbezüglich an den Bezirksbürgermeister geschickt hatte und gegen Platzordnung und Sicherheitsdienst protestierte.

Aufgrund unserer Aktivitäten beschloss das Bezirksamt, sein Vorgehen zu überdenken und wir erhielten telefonisch die Nachricht, dass die Platzordnung aufgehoben sei. Man wolle noch einmal ganz von vorne beginnen, es sei ein langer

Dialogprozess mit allen Beteiligten geplant und das Bezirksamt bat uns, es darin zu unterstützen und sich an den Gesprächen zu beteiligen, was wir ihm zusagten.

Nach wenigen Wochen erschien am Hansaplatz jedoch eine neue Platzordnung (links abgebildet), die nun zwei Regelwerke für ein und denselben Platz beinhaltete – für den Privatraum ein sehr ähnliches Regelwerk wie zuvor. Lediglich der unnötige Aufenthalt wurde herausgenommen und aus dem Bettelverbot wurde ein Verbot des aggressiven Bettelns. Im öffentlichen Bereich gab es keine Einschränkungen mehr außer den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. Der Platz ist jedoch so konzipiert, dass es nicht erkennbar ist, ob man sich im öffentlichen oder im privaten Bereich befindet (es sei denn, man hat sich intensiv mit dem Liegenchaftsplan beschäftigt). Der Wirkungsbereich des Sicherheitsdienstes blieb gleich, ebenso die geteilten Kosten durch Private bzw. Bezirksamt. Man hatte nun also zwei Regelwerke für einen Platz und einen Sicherheitsdienst ohne Funktion im öffentlichen Raum (jedoch durch die öffentliche Hand anteilig finanziert), denn für die Durchsetzung der Gesetze sind ausschließlich Polizei bzw. Ordnungsamt zuständig. Dieses Vorgehen ist äußerst fragwürdig, da der Sicherheitsdienst nur im Privatraum eine Funktion hat, die Sicherung eines Privatgeländes aber keine öffentliche Aufgabe ist.

Gegen Ende des Jahres gab es Unstimmigkeiten zwischen dem Privateigentümer und dem Bezirksamt, in dessen Folge sich der Private aus der Finanzierung des Sicherheitsdienstes herauszog. Aktuell hängt die Platzordnung mit zwei verschiedenen Regelwerken nach wie vor am Hansaplatz mit dem Hinweis, dass Regeln im Privatraum durch einen Sicherheitsdienst durchgesetzt werden, obwohl dieser gar nicht mehr vorhanden ist.

Im Dezember 2020 verschwanden auf der Grünfläche gegenüber dem Hansaplatz (Bartningallee) die Parkbänke, die häufig von obdachlosen Personen genutzt wurden. Es handelte sich hierbei nicht um einen Abbau durch das Bezirksamt, sondern um einen Diebstahl bzw. um Vandalismus. Eine der Parkbänke wurde in einem Teich im Tiergarten wieder gefunden. Ob die Bänke ersetzt werden ist noch fraglich, da es aufgrund von Denkmalschutzauflagen exakt die gleichen Bänke sein müssen wie zuvor und der Bezirk derzeit einen originalgetreuen Ersatz als zu aufwendig erachtet. Dies ist jedoch zweifelhaft, denn der Denkmalschutz untersagt eine Veränderung des Hansaviertels und das Fehlen von zuvor vorhandenen Bänken stellt ebenfalls eine Veränderung dar.

TEAM FOCUS PROJEKTE DES TEAMS

Ocker-Beige Berlin

Das Fußballprojekt Ocker-Beige Berlin wurde 2020 unter erschwerten Bedingungen fortgesetzt. Bis März wurde wöchentlich trainiert, bevor der Trainingsbetrieb während des Lockdowns eingestellt werden musste. Nach diversen Lockerungen war dann ein Training unter strengen Auflagen wieder möglich. Da Zweikämpfe und Trainingsspiele untersagt waren, stellten wir es der Mannschaft frei, ob sie unter diesen Bedingungen trainieren möchte. Das Team entschied sich jedoch dafür, trotzdem zum Training zu kommen, wobei dort nur Konditions- und Torchusstraining und Passübungen möglich waren. Im Sommer konnten auch wieder Zweikämpfe und Trainingsspiele stattfinden, bevor der Betrieb im November wiederum eingestellt wurde. Turniere waren das ganze Jahr über nicht



möglich, die Deutschen Meisterschaften, die in Kooperation mit dem FC St. Pauli in Hamburg vor dem Millerntorstadion stattfinden sollten, wurden abgesagt, ebenso der Homeless World Cup. Das einzige Gruppenerlebnis abseits des Trainings war eine Fahrt nach Brandenburg zu einer Fußball-Golf-Anlage. Gemeinsam mit den anderen Mannschaften der Jugendteams von Gangway, die sich sonst zur Street League treffen, konnte dabei ein gemeinsames Erlebnis organisiert werden, natürlich unter Auflagen, die bei dieser Art von Fußball jedoch relativ unproblematisch eingehalten werden konnten.

Bank's not dead!

Nachdem wir 2019 eine Aktion unter dem Titel „Bank's not dead!“ auf der Vorderseite des Ostbahnhofes gemacht hatten und hierbei Metallpyramiden, die ein Sitzen auf Begrenzungspollern des Parkplatzes verhindern sollen, als Halterungen für eigens angefertigte Sitzbänke benutzten, wurde das Projekt 2020 fortgesetzt. Wir hatten länger vor, auch auf der Rückseite des Bahnhofs (Erich-Steinfurth-Straße) Sitzgelegenheiten zu schaffen und wollten dabei mit dem Projekt „benching berlin“ kooperieren. Durch die Pandemie wurde dies jedoch zunächst verhindert. In einer Zeit, in der es strikte Kontaktbeschränkungen gibt, macht es wenig Sinn, Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum zu installieren, die zu einem gemeinsamen Verweilen einladen. Aus diesem Grund warteten wir mit der Installation von Bänken bis zum Ende des Lockdowns, bevor wir die Aktion durchführten. Wir bauten gemeinsam mit einem Adressaten zwei Einzelsitze und „benching berlin“ steuerte eine kleine Sitzbank für zwei Personen bei. Wir hatten dabei die Überlegung, dass eine



Nutzung der Einzelsitze das Einhalten von Abstand ermöglicht. Die Einweihung fand ohne Beteiligung der Öffentlichkeit statt, um Ansammlungen zu vermeiden. Die Sitzgelegenheiten wurden an Ketten um Bäume auf dem Hermann-Stöhr-Platz befestigt. Wir beobachteten in den folgenden Tagen, dass die Bänke von verschiedenen Personen (Anwohnenden, Obdachlosen, Bauarbeiter*innen) genutzt wurden. Nach wenigen Tagen waren die Ketten entfernt worden, was dazu führte, dass Nutzer*innen sich die „Stühle“ individuell anordnen konnten. Nach einigen Wochen verschwanden unsere Sitze. Adressat*innen informierten uns, dass sich diese nun unter einem Pavillon auf dem Hof eines Wohngebäudes in der Lichtenberger Straße befinden. Sie sind dort nun an den Pavillon angeschraubt und werden vorwiegend von Jugendlichen genutzt. Den Plan, sie wieder an ihren ursprünglichen Ort zurück zu bringen, gaben wir auf, da Sitzgelegenheiten offensichtlich nicht nur am Ostbahnhof Mangelware sind.

Die Goldene Keule

Durch die beschriebenen Entwicklungen am Hansaplatz hatten wir Gespräche mit dem GRIPS-Theater, das sich bereit erklärte, einen Abend eine Veranstaltung zum Thema „Obdachlosigkeit“ in Zusammenarbeit mit uns zu machen. Hierbei entstand die Idee, einen Preis für den obdachlosenfeindlichsten Ort Berlins zu verleihen. Als Termin wurde der 24. Januar 2021 festgelegt, der jedoch bereits im Dezember 2020 aufgrund der Schließung des Theaters auf den 20. Mai 2021 verschoben werden musste. Die



Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung laufen derzeit. Das Projekt wird im kommenden Jahresbericht ausführlich beschrieben.

TEAM SPREE (MANJA PIOTROWSKI)

„Rundgänge“ meinte in diesem Jahr vor allem „Rundfahrten“ mit Kfz. Wir orientierten auf kurze gezielte Rundgänge mit Schwerpunkt auf Erkennung von besonderen Notlagen. Informationen über aktuelle Änderungen im Hilfesystem wurden umgehend vermittelt. Büroarbeiten wurden überwiegend im Homeoffice erledigt. Termine konnten verschoben und somit später und oft auch telefonisch nachgeholt werden. In nahezu allen Institutionen im Bezirk habe ich erhöhte Einsatzbereitschaft (trotz hohem Krankenstand) und mutige Entscheidungsträger erlebt, die uns und damit unseren obdach- und wohnungslosen Menschen in der besonderen Situation unbürokratisch weitergeholfen haben.

Nur in den Sommermonaten wurden die üblichen Treffpunkte an öffentlichen Plätzen höher frequentiert. Die Zunahme von Vereinsamung

und Suchtmittelabhängigkeit bei vielen, besonders denen, die ihren Zuverdienst über Fördermaßnahmen des Jobcenters verloren haben, mussten festgestellt werden.

Insgesamt waren Vereinzelung anstatt üblicher Gruppenbildung sowie Zerstreung auf Nebenschauplätze in Randbezirke zu beobachten. Dadurch wurde Obdachlosigkeit in diesem Jahr auch von Bevölkerungsgruppen wahrgenommen, die sich eher nur in ihrem Wohnumfeld und nicht an den Berliner Brennpunkten bewegen.

Überdurchschnittlich häufig wurden Anfragen oder Hilferufe für obdachlose Menschen im Bezirk Treptow-Köpenick von Bürgern, meist eingegangen über die Gangway-Zentrale, häufig vom Ordnungsamt und auch einzelne von der Polizei, an Drop Out weitergeleitet.

Eine dankbare Aufgabe war die Unterstützung der Mitarbeiter*innen in den Unterkünften bei Umsetzung der selbstreglementierten Zu- und Ausgangskontrollen bzw. des Stay at home-Gebotes für die von uns erreichten suchtmittelabhängigen obdachlosen Menschen. Bereits im ersten Lockdown gelang in erster Linie durch unkonventionelles Agieren der Heimleitungen die Motivation und Förderung von Einsicht in die besondere Situation.

Der besonderen Situation Rechnung tragend wurde von längst überfälligen Kündigungen der Unterbringungsvereinbarung in Folge von Regelverstößen abgesehen und Bewohner nötigenfalls punktuell mit Suchtmitteln (Alkohol) versorgt.

Straßensozialarbeit hat auch hier seine Scharnierfunktion erfüllt. Konflikte konnten größtenteils präventiv begegnet werden. Durch gemeinsame Anstrengung und durch unkonventionellen und höchst sensiblen Umgang zwischen altgedienten Profis in allen staatlichen Institutionen, ehrenamtlich tätigen Unterstützer*innen in den kirchen-getragenen Einrichtungen und unseren Adressaten, den obdachlosen Mitbürger*innen, entstand die Motivation, die in unserem Arbeitsgebiet für die Bewältigung der Pandemie tragend war.

Als belastend haben wir die selbstherrliche Allmacht von Security u.a. in der Kältehilfeeinrichtung des ASB, einem ehemaligen Hostel am Adlergestell, wahrgenommen.



Die an diesem Jahresende in Treptow-Köpenick aktuellen fünf Einzelfälle (4 Männer und 1 Frau), die von Bürgerpatenschaften im Bezirk nachbarschaftlich unterstützt werden, wurden durch beide Lockdowns kontinuierlich, unter Umständen zumindest fernmündlich, weiter betreut, informiert, beraten und nötigenfalls begleitet. Persönliche Kontakte zum Haushalt mit inwohnenden Adressat*innen wurden nach Möglichkeit durch Telefonate ersetzt, die Intensität tatsächlicher Begegnungen durch erhöhte Telefonpräsenz zu kompensieren versucht. Vermehrter Austausch war geboten, fehlende Beschäftigung war ein Problem, ersetzende Tages-

strukturen mussten gefunden werden. Über eine Nachbarschaftsplattform wurden ältere Filmabspiel-Endgeräte zur Verfügung gestellt, die beherbergenden Familien fungierten als Video-

thek, so dass zu unser aller Freude zwei neue Cineasten aus dem Lockdown hervorgegangen sind.

Ein dauerhaftes Problem war und ist schwere Suchtmittelabhängigkeit und die daraus resultierenden Verhaltensauffälligkeiten (z. B. Aggressivität, beginnende Demenz), die unsere Adressat*innen immer wieder aus den Unterbringungseinrichtungen, begründet durch nicht regelkonformes Verhalten, rausfliegen lässt. Mit viel kleinteiligem Engagement durch Straßensozialarbeit und in enger Zusammenarbeit mit gesetzlichen Betreuern wurden

die betreffenden Personen während der kalten Jahreszeit immer wieder in die verschiedenen Kältehilfeeinrichtungen vermittelt. Um das Problem dauerhaft lösen zu können, ist eine zahlenmäßige Aufstockung von geeigneten Unterbringungseinrichtungen nötig.

Wohltuend waren nicht nur das Mitgefühl, sondern auch das zivilgesellschaftliche Engagement und die Solidarität in diesem der Kontaktbeschränkung unterworfenem Jahr.

Sachspenden, gesammelt von Fans des 1. FC Union, erreichten unsere Adressat*innen, die sich nicht zur Ausgabestelle begeben konnten, trotzdem. Durch gezielte Absprachen und herausragende regionale, nicht nur Gangway-interne Kommunikation, wurde kleinteilig, individuell passend und dank motorisiertem Fanprojekt sogar quasi „frei Haus“ vor Ort geliefert. Qualitativ hochwertige Outdoor-Schlafsäcke mit hohem Packmaß und Gewicht, ungeeignet zur täglichen Mitnahme, aber perfekt für „sesshafte“ Obdachlose, konnten jetzt am Jahresende auch auf resiliente „Außenschläfergesichter“ ein nachhaltiges Lächeln zaubern. Zwei Tüten



mit sortierter warmer Unterwäsche und Socken gehören inzwischen zu unserer Alltagsausrüstung, da die Bestände der Kleiderkammern der Kältehilfeeinrichtungen im Hochwinter stark geschrumpft und unsere „eisernen“ Vorräte in Köpenick auffüllbar sind.

Der „Sage Club“, eigentlich ein Berliner Restaurant- und Unterhaltungsbetrieb, rüstete einen Food Truck aus und versorgt täglich seit Beginn der Kälteperiode an wechselnden Stellen obdachlose Menschen mit warmem Essen. Seit Jahresende stellt er seine Räumlichkeiten auch unentgeltlich als Übernachtungsmöglichkeit zur Verfügung.

Gut, dass die Netzwerke unserer Profession in alle Bereiche wirken und auch in Krisensituationen belastbar halten.

Wieso Kältehilfeeinrichtungen nicht auch tagsüber geöffnet wurden, ist nicht nachvollziehbar. Häufig

fragten Adressat*innen, wieso sie jeden Morgen wieder raus auf die Straße müssen und erst abends (seit 2021 erst mit Testmöglichkeit) wieder hineindürfen, wieso Insassen von Pflegeeinrichtungen nicht aus dem Haus dürfen, aber das Personal ohne Test (oder mit 1x wöchentlichem seit 2021) im Dreischicht-System wechselt ...

Masken standen uns zu jederzeit ausreichend zur Verfügung. In nahezu allen Einrichtungen und Anlaufstellen im Bezirk war es uns ab April möglich, kleinere Stückzahlen mitzunehmen (wieder dank nachbarschaftlichem zivilgesellschaftlichem Engagement) und an Bedürftige weiterzugeben. Die kontinuierliche Versorgung über die Gangway-Zentrale verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Als „Vor-Ort-Base“ diente das regionale Gangway-Büro des Jugendteams (mit Toilette – eine Rarität im öffentlichen Raum in Lockdown-Zeiten und nicht nur für Streetworker schwer entbehrlich); die Gangway-Zentrale war der zuverlässige Taktgeber, Background und Rückhalt. Danke für die Anerkennung für unsere auch in diesem besonderen Jahr kontinuierliche Arbeit, für die attestierte Systemrelevanz.

Ausnahmegenehmigungen bei Ausgangssperren sind unabdingbar, um Systemlücken nicht situationsbestimmend werden zu lassen. Straßensozialarbeit gehört auf die Straße, auch und gerade in Zeiten katastrophaler Ereignisse.

ÜBERREGIONALES CLEARING UND „DISPATCHING“ (AXEL ILLISCH)

**DISPATCH, ENGLISCH,
HEIßT UNTER ANDEREM
„ETWAS ERLEDIGEN“.**

2020 habe ich ca. 100 Anfragen/Meldungen/Hinweise von Anwohnern, Hausverwaltungen, Bezirksämtern, Baufirmen, Behörden, Kollegen o.ä. bearbeitet. Diese be-

zogen sich auf bereits obdachlose, wie auch von Obdachlosigkeit betroffene Menschen.

Meine Arbeit gliederte sich in 4 Schwerpunkte, die ungefähr jeweils ein Viertel der Anfragen umfassten.

1. telefonische Beratung von besorgten Bürger*innen, Verwaltungen oder Behörden.
2. aufgrund der Hinweise: aufsuchende Sozialarbeit/Streetwork im gesamten Stadtgebiet
3. Case-Management bei Adressat*innen mit multiplen Problemkomplexen
4. intensive Einzelfallarbeit/Begleitung

Die Adressat*innen waren überwiegend deutscher Nationalität und männlich. Die Hauptaltersgruppe war zwischen 40 und 60 Jahre.

Meine Arbeit konzentrierte sich eher auf die Berliner Außenbezirke.

Ich arbeitete auch mit verschiedenen Gangway-Jugendteams und auch den anderen Dropout-Teams zusammen, schwerpunktmäßig natürlich mit dem Drop Out Team Neukölln.

Bemerkenswert war, dass viele Adressat*innen psychische Auffälligkeiten hatten. Es zeigte sich, dass viele gar nicht in der Lage waren, ihre Angelegenheiten zu regeln. Hier eine Auswahl meiner Unterstützungsangebote:

- Beschaffung von Terminen beim LABO und verschiedenen Bürgerämtern und Begleitung der Adressat*innen
- Begleitung beim Jobcenter oder Sozialamt
- Antragstellung für Rente oder anderen Leistungsbezug
- Antragstellung für Unterbringung in Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe
- Vermittlung bei Problemen mit Vermieter*innen
- Wiederbeschaffung der Krankenversicherungskarte
- Besuche im Krankenhaus und psychiatrischen Einrichtungen
- Antragstellung von rechtlichen Betreuungen bei Rechtsantragsstellen der Amtsgerichte
- Vermittlung von geeigneten BetreuerInnen
- Beschaffung von Schlafsäcken, Kleidung, Lebensmittel und Sachen zur medizinischen Versorgung
- Schriftverkehr mit Krankenkassen, Gerichten, Jobcentern, Sozialämtern, Inkassounternehmen, Vermieter*innen, Rententrägern, Banken ...

Für 2021 macht eine Weiterführung des „überregionalen Clearings“ und der Anwohner*innenberatung absolut Sinn, da sich der Bedarf dafür deutlich erhöht und weiter erhöhen wird.



KAPITEL #6

statistische Angaben

2020 war, wie bereits beschrieben, ein besonderes Jahr. Wir haben wie in jedem Jahr eine Statistik geführt.

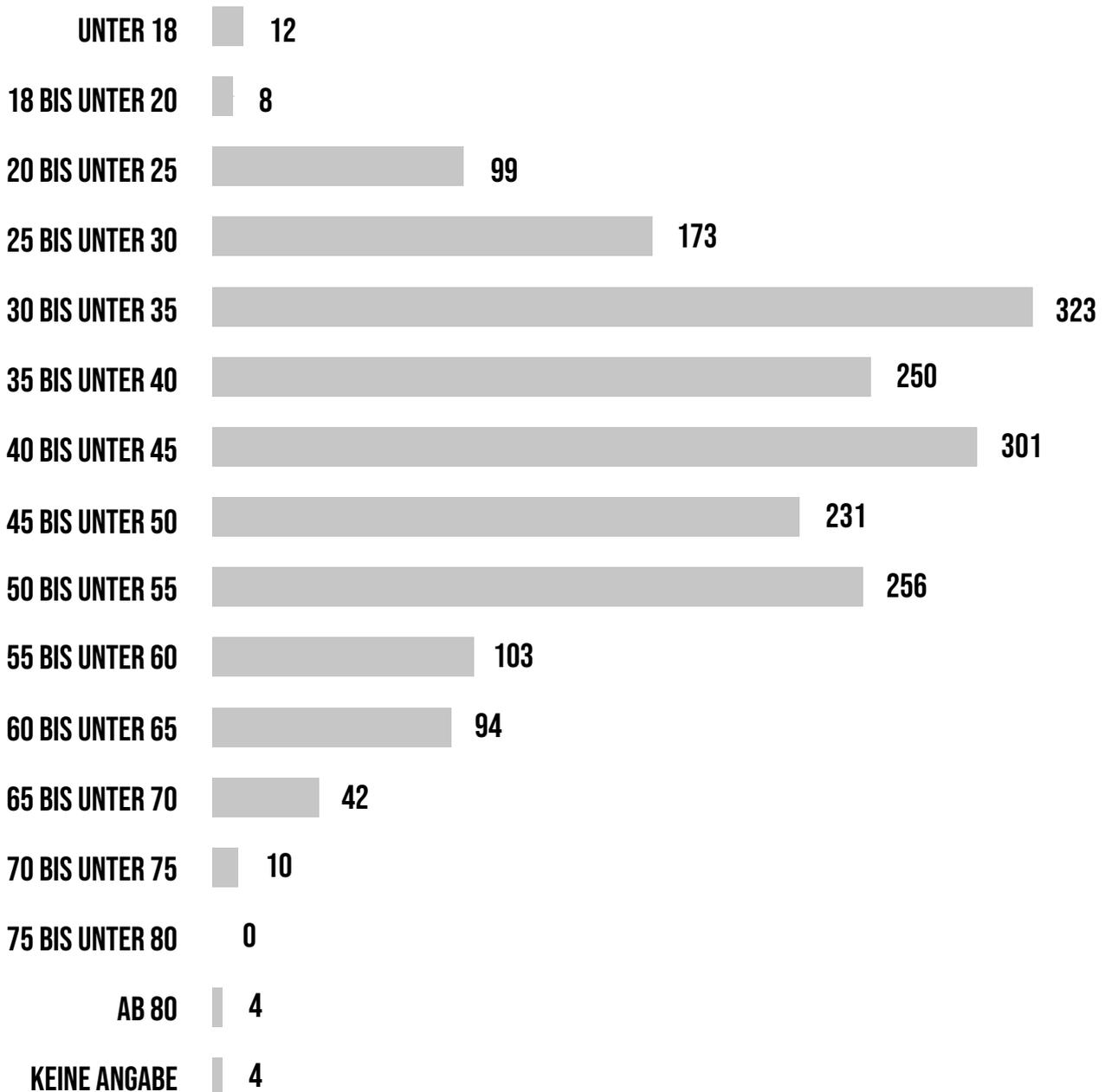
Insgesamt hatten wir, der Erwachsenenbereich bei Gangway, zu **1.910** Menschen Kontakt. Dies ist eine erneute **Steigerung der Kontaktzahlen** im Vergleich zum Vorjahr (1.826).

Neu hinzu kamen in den Gesamtzahlen die Bereiche Lichtenberger Bahnhof und Umgebung als auch Teile Neuköllns. Die Daten wurden anonymisiert erhoben und spiegeln in den einzelnen Kategorien fast immer den IST-Stand zum Zeitpunkt des Erstkontaktes mit unseren Adressat*innen. Veränderungen der Lebenssituation zeigen sich in den Diagrammen zur Leistungserfassung und der Zielerreichung. Teilweise weichen die Bezeichnungen innerhalb der Diagramme von unseren Bezeichnungen ab. In den Diagrammen verwenden wir die vom Senat vorgegebenen Bezeichnungen wie z.B. Klient*innen, wohingegen wir von Adressat*innen sprechen.



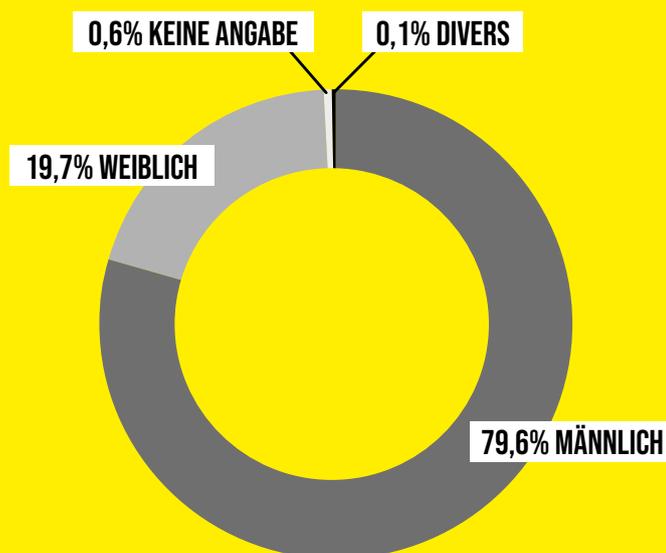
ALTER

Die Altersverteilung 2020 war **ähnlich aufgeteilt wie in den Jahren zuvor**, wenn auch mit einer **leichten Tendenz nach oben**. Die **häufigsten Altersgruppen** lagen **zwischen 30 und 35** Jahren als auch **zwischen 40 und 45**. Eine Steigerung konnten wir auch bei den Menschen unter 18 verzeichnen (Vorjahr 1) als auch mehr Menschen im Alter über 80 Jahren (Vorjahr 1).



GESCHLECHTERVERTEILUNG

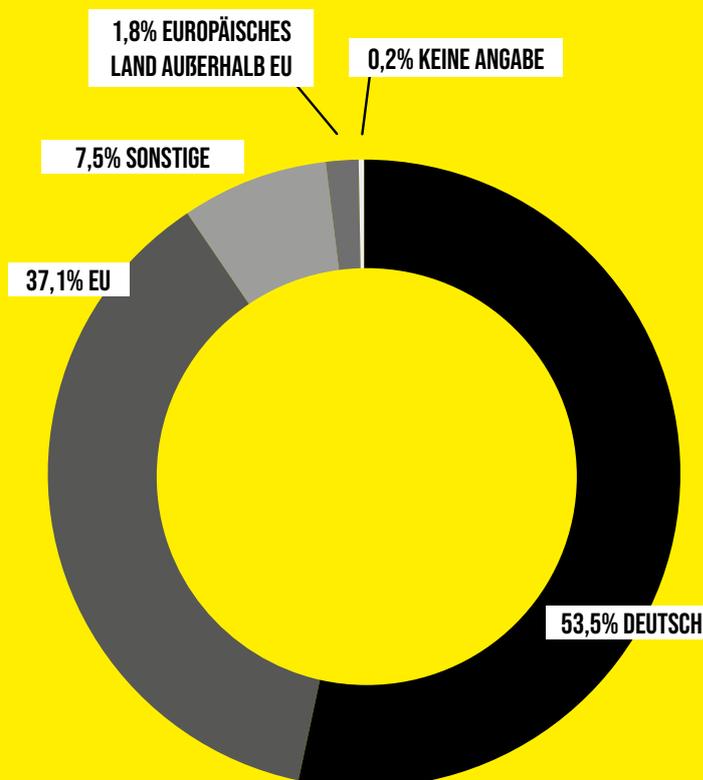
Fast 80 Prozent der erreichten Adressat*innen waren **männlich** definiert. Dies ist eine **Steigerung von knapp über 6 Prozentpunkten** (Vorjahr 73%). Der Anteil **weiblich gelesener Adressat*innen** ging zurück auf **19,7 Prozent** (Vorjahr 26%). Als divers konnten wir nur 0,1 Prozent der Adressat*innen in unserer Statistik erfassen. Bei nur wenig mehr, mit 0,6 Prozent, konnten wir keine Angabe zum Geschlecht machen. In Zahlen bedeutet dies: **männlich 1520, weiblich 377, divers 2 und keine Angabe 11.**



STAATSANGEHÖRIGKEIT

Im Jahr 2020 hat das Team prozentual wieder **mehr Menschen mit deutschem Pass erreicht**. Dies steht im Zusammenhang mit den neuen Einsatzgebieten. Eine Zunahme von 3,5 Prozentpunkten zum Jahr 2019. Gleichzeitig sind **knapp 6 Prozentpunkte weniger Menschen eines Landes der EU (ohne der BRD) angetroffen** worden. Auch hier spielt das **Hinzukommen des Bahnhofs Lichtenberg und Neukölln** eine Rolle. Trotzdem konnten wir einen **Zuwachs der Zahlen von Menschen aus einem europäischen Land außerhalb der EU** verzeichnen und von Menschen aus sonstigen Ländern. In Prozenten sind dies 1,8 bzw. 7,5 Prozent. Bei lediglich 0,2 Prozent der Adressat*innen wussten wir die Staatsangehörigkeit nicht. Staatenlose Menschen haben wir keine angetroffen.

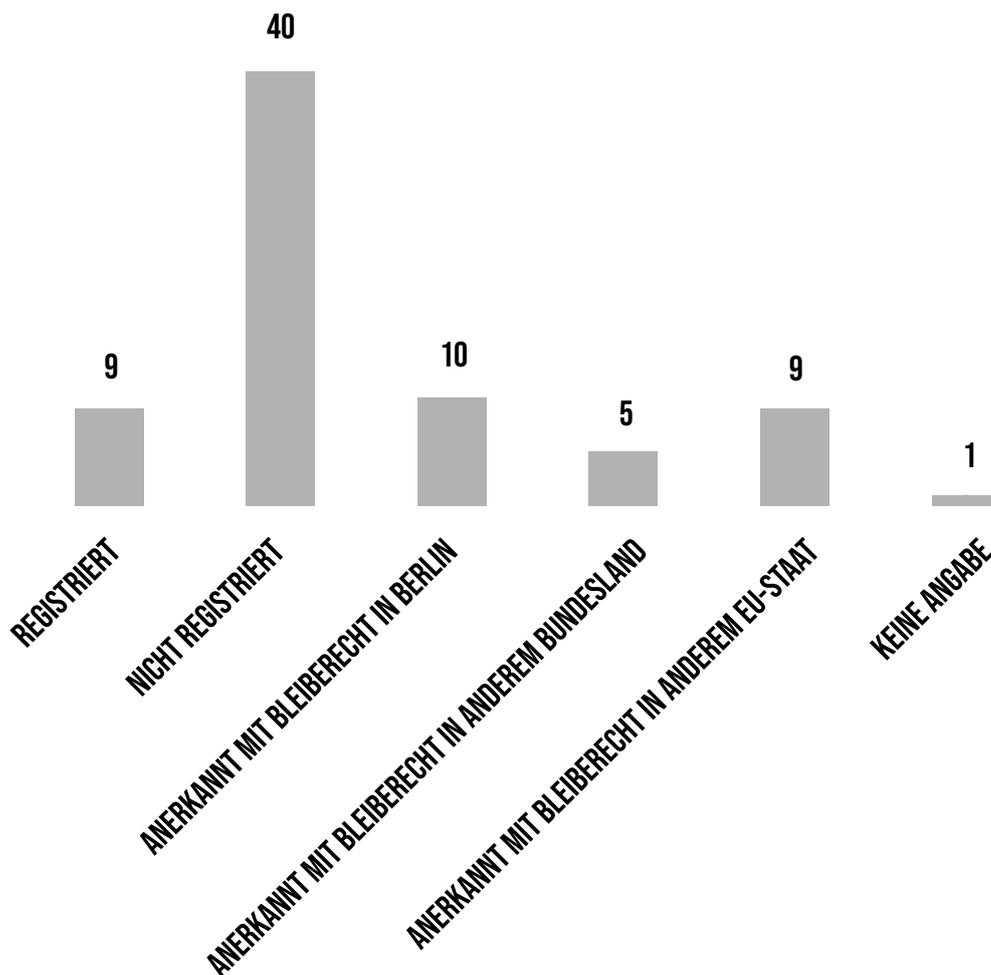
Daraus ergeben sich folgende Zahlen: **Deutsch 1.022, Europäische Union 708, Europäisches Land außerhalb der EU 34, Sonstige 143 und keine Angabe 3.**



MENSCHEN MIT FLUCHTERFAHRUNG

Dieses Jahr haben wir Menschen mit Fluchterfahrung bereits das zweite Mal in unsere Statistik aufgenommen. **Insgesamt haben wir 74 Menschen mit Fluchterfahrung angetroffen.** Diese sind **ausschließlich in Kreuzberg** angetroffen worden. Waren wir 2019 mit 42 Menschen im Kontakt, waren es 2020 deutlich mehr, nämlich 74. Zu erklären ist dies mit einer verstärkten Arbeit im Wrangelkiez und dem Görlitzer Park. Nicht zuletzt aufgrund von deutlich erweiterten Sprachkompetenzen in diesem Bereich sind mehr Menschen erreicht

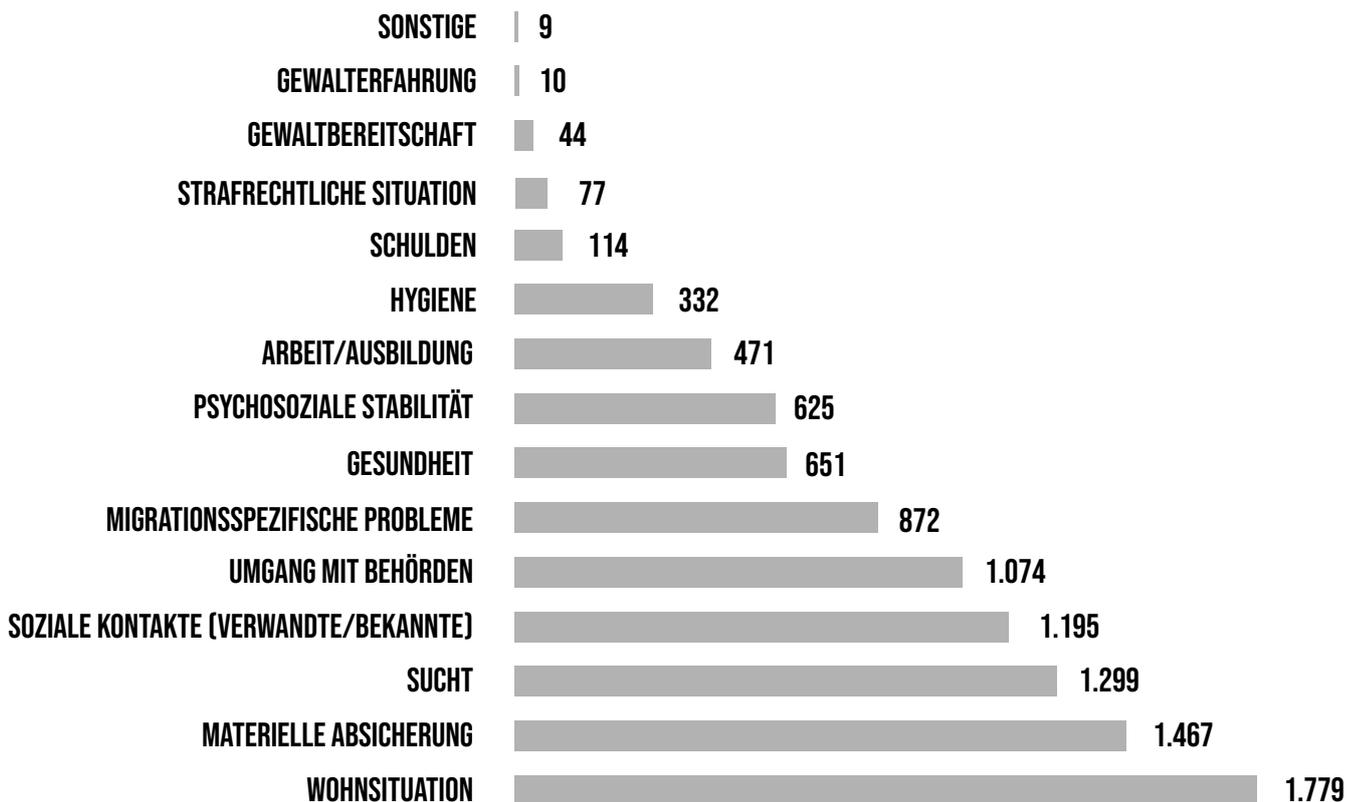
worden. Allerdings gibt es eine deutliche Veränderung der Status. **Nahezu vervierfacht haben sich die Zahlen der Menschen, welche nicht registriert sind** (Vorjahr 11). Wir stellten zudem eine **Halbierung der Anerkennung mit Bleiberecht** in Berlin fest. Dieses Jahr arbeiteten wir erstmals auch mit Menschen, deren Bleiberecht in einem anderen EU-Land anerkannt war. Dies bedeutet für die meisten Adressat*innen hier eine extrem prekäre Lebenssituation und der Ausschluss bei vielen Angeboten der Wohnungslosenhilfe.



PROBLEMLAGEN

Die Benennung der Problemlagen der ange-
troffenen Menschen wird von uns, also aus
Sicht der Fachkräfte, definiert. Dies beinhaltet
neben unserer Einschätzung natürlich auch die
Erwähnung einzelner Kategorien der Adres-
sat*innen. Die drei häufigsten Nennungen wa-
ren wie im Jahr zuvor **Wohnsituation** (Vorjahr
1.607), **materielle Absicherung** (Vorjahr 1.354)
und **Sucht** (Vorjahr 1.099). Auch **Soziale Kon-
takte** und der **Umgang mit Behörden** gehörten
im Jahr 2019 zu den fünf häufigsten Bereichen
(Vorjahr 1.081 bzw. 1.094). Eine **Abnahme**
konnten wir bei **migrationspezifischen Pro-
blemen** und **Gesundheit** verzeichnen (Vorjahr

917 bzw. 593). Eine leichte Zunahme gab es bei
psychosozialer Stabilität um 10 Nennungen im
Vergleich zum Vorjahr sowie eine **starke Zu-
nahme der Problemlage Arbeit/Ausbildung**
um 202. **Hygiene** verzeichnete ebenfalls eine
Erhöhung von 121, Schulden eine Abnahme
von 15 Personen. Einen leichten Anstieg von
9 Personen sahen wir bei der Strafrechtlichen
Situation. Die **Anzahl Adressat*innen mit Ge-
walterfahrung** sich **mehr als halbiert** (Vorjahr
92) und annähernd halbiert hat sich die Anzahl
der Menschen mit Gewaltbereitschaft (Vor-
jahr 19). Sonstige Problemlagen stiegen von 1
Nennung auf 9.



UNTERKUNFTSSITUATION

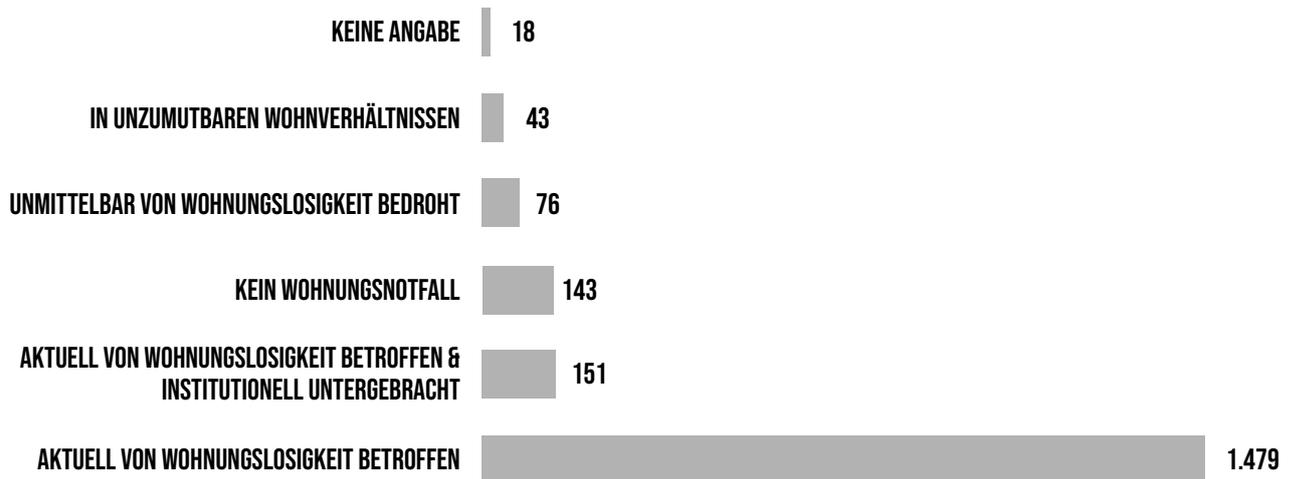
STATIONÄRE GESUNDHEITSEINRICHTUNG	2
STATIONÄRE SOZIALEINRICHTUNG	2
HAFT	2
KEINE ANGABE	3
HOTEL-PENSION (SELBSTZAHLER*IN)	6
BEI FAMILIE, PARTNER*IN	9
ERSATZUNTERKUNFT (GARTENLAUBE, WOHNWAGEN, WAGENBURG...)	16
NOTUNTERKUNFT/ÜBERNACHTUNGSSTELLE	44
WOHNGRUPPE (BW, Ü-WOHNEN)	52
ASOG-UNTERKUNFT	96
BEI BEKANNTEN	105
WOHNUNG	174
OHNE UNTERKUNFT/AUF DER STRASSE LEBEND	1.399

Nicht verwunderlich ist, dass wir als Streetwork jedes Jahr **Menschen ohne Unterkunft/auf der Straße lebend am häufigsten antreffen**. 2020 waren dies 155 Adressat*innen mehr als 2019. Auf die Gesamtzahl der Menschen, die wir angetroffen haben bezogen, bedeutet dies eine Erhöhung von drei Prozentpunkten der Zahlen des Vorjahres auf **knapp über 73 Prozent**. Zeitgleich haben wir in diesem Jahr **weniger Menschen angetroffen, die über einen eigenen, mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen**, ein Minus von 68 Personen. Nahezu **verdoppelt** hat sich die Zahl derjenigen, **die bei Bekannten leben** (Vorjahr 59), bei der Unterbringung nach ASOG gab es

lediglich einen kleinen Zuwachs von 8 Personen. Nur **halb so viele Menschen im Betreuten Wohnen** konnten wir dieses Jahr antreffen (Vorjahr 105), jedoch ca. **zweieinhalb Mal so viele Menschen aus Notunterkünften** kommend (Vorjahr 18). Leicht rückläufige Zahlen bei Ersatzunterkünften (Vorjahr 20) ebenso bei der Familie/Partner*in lebend (Vorjahr 16) und ein Minus von 8 Personen, die ein Hotel bzw. eine Pension selbst bezahlen. Die restlichen Kategorien bewegen sich +/-1 exakt im Bereich des Berichtszeitraumes 2019. Lediglich die Kategorie Sonstige Unterkunft konnten wir dieses Jahr nicht feststellen (Vorjahr 9).

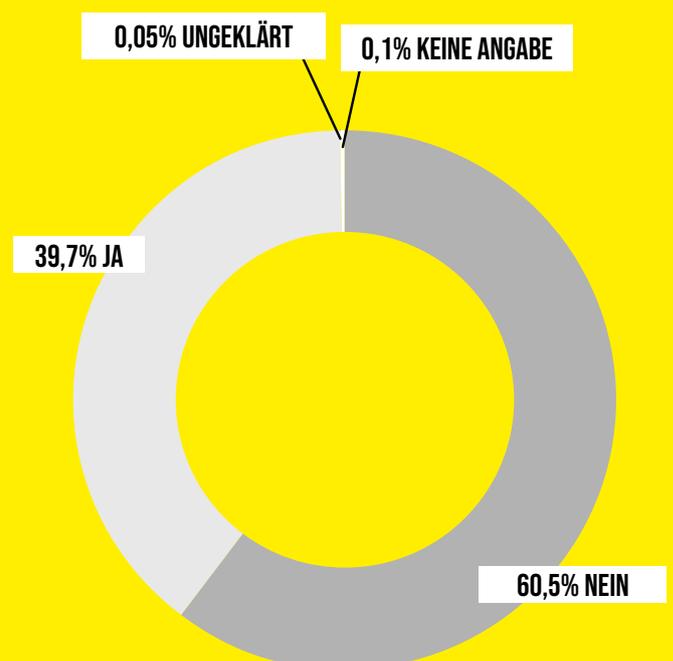
WOHNUNGSNOTFALL

Die **Zahl der Wohnungsnotfälle steigt erneut** an, 2019 waren dies 1.313 Menschen. Lediglich bei **143 Adressat*innen** konnten wir in Gesprächen herausfinden, dass sie **kein Wohnungsnotfall** waren. Dies sind 34 weniger als noch im Vorjahr. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass nach unserer statistischen Definition der einzelnen Kategorien **1.749 Menschen als Wohnungsnotfall** eingestuft werden konnten. Bei 18 Personen konnten wir keine Angabe machen.



KRANKENVERSICHERUNG

In absoluten Zahlen haben die **Menschen ohne Krankenversicherung erneut zugenommen**, prozentual gesehen waren dies 2020 gerundete 60 Prozent. Dies ist eine erneute Zunahme, hat jedoch den Wert von 2017 noch nicht erreicht. Die Zahlen der vergangenen Jahre waren: 2017 64 %, 2018 42 %, 2019 57 %. **Trotz einer in Punkten ausgedrückten 3,5 prozentigen Erhöhung der Zahl der Menschen mit deutschen Pass ist die Zahl derjenigen, die keine Krankenversicherung haben, gestiegen.** Dies bedeutet, dass neben den Menschen ohne deutschen Pass, die damit in der Regel ohne Leistungsanspruch sind, wir auch mehr Menschen treffen, die einen Leistungsanspruch gehabt hätten, diesen jedoch nicht wahrnehmen konnten.



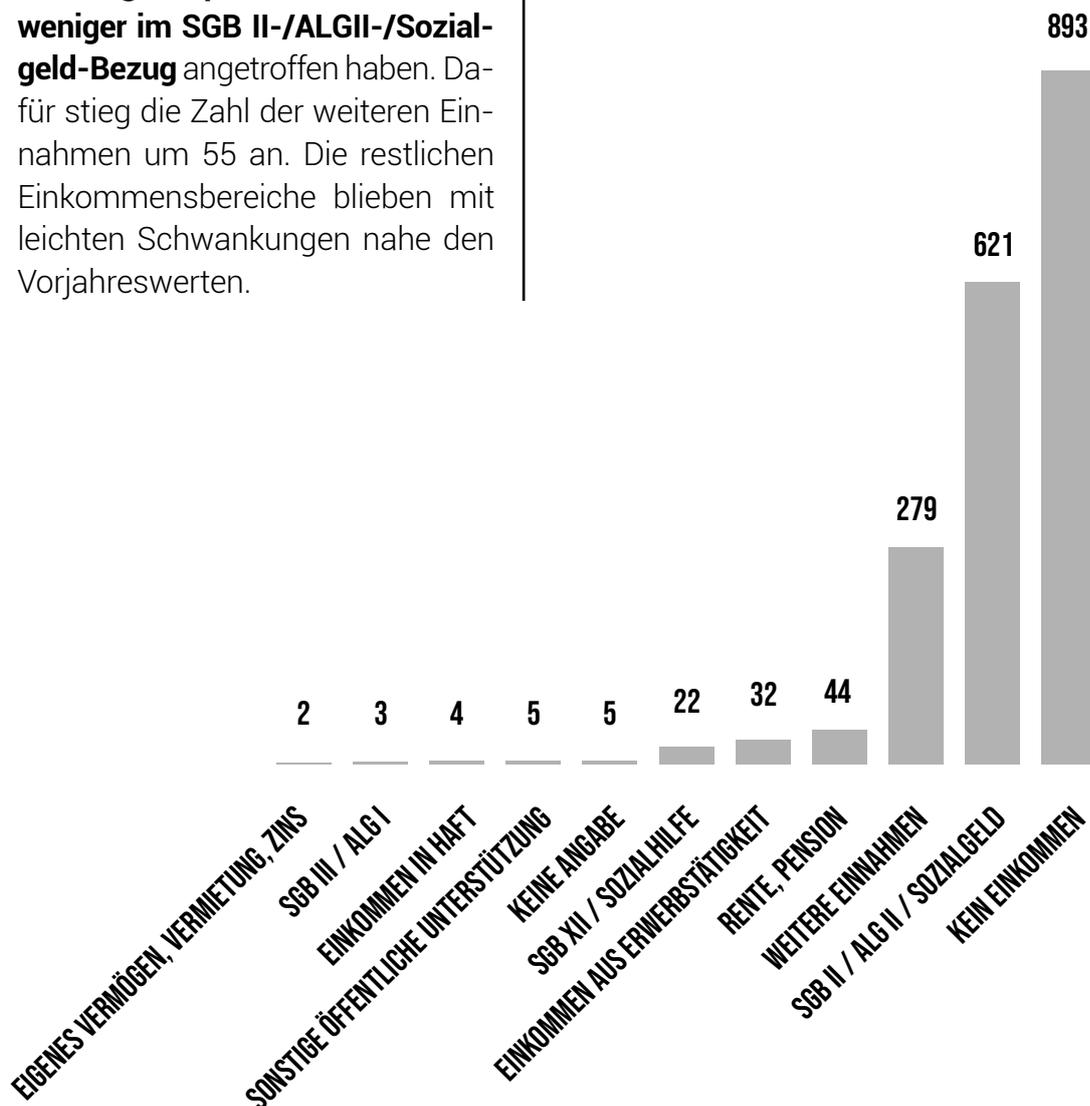
EINKOMMEN

Bis auf die drei geringsten Nennungen in der diesjährigen Statistik entspricht die Reihenfolge der Häufigkeit in der Kategorie Einkommen exakt derjenigen aus dem Jahr 2019. Die vier häufigsten waren auch im Jahr 2018 als erste in genau dieser Reihenfolge genannt.

Adressat*innen ohne jegliches Einkommen stiegen um 93 an. Auffallend hier ist, ebenso wie bei dem Punkt Krankenversicherung, dass wir **trotz mehr Menschen mit Leistungsanspruch 50 Menschen weniger im SGB II-/ALGII-/Sozialgeld-Bezug** angetroffen haben. Dafür stieg die Zahl der weiteren Einnahmen um 55 an. Die restlichen Einkommensbereiche blieben mit leichten Schwankungen nahe den Vorjahreswerten.

Dieses Jahr trafen wir jedoch zwei Menschen, die durch Angehörige unterstützt werden.

Nicht in dem Diagramm aufgeführt sind die Kategorien Flaschensammeln/ Straßenzeitungsverkauf und informelle Tätigkeit/Arbeitsausbeutung. Hier konnten wir mit fünf bzw. zwölf Menschen sprechen. Aufgeführt sind diese nicht in dem Diagramm, da diese als Unterkategorie bei Weitere Einnahmen erfasst sind.



LEISTUNGSERBRINGUNG

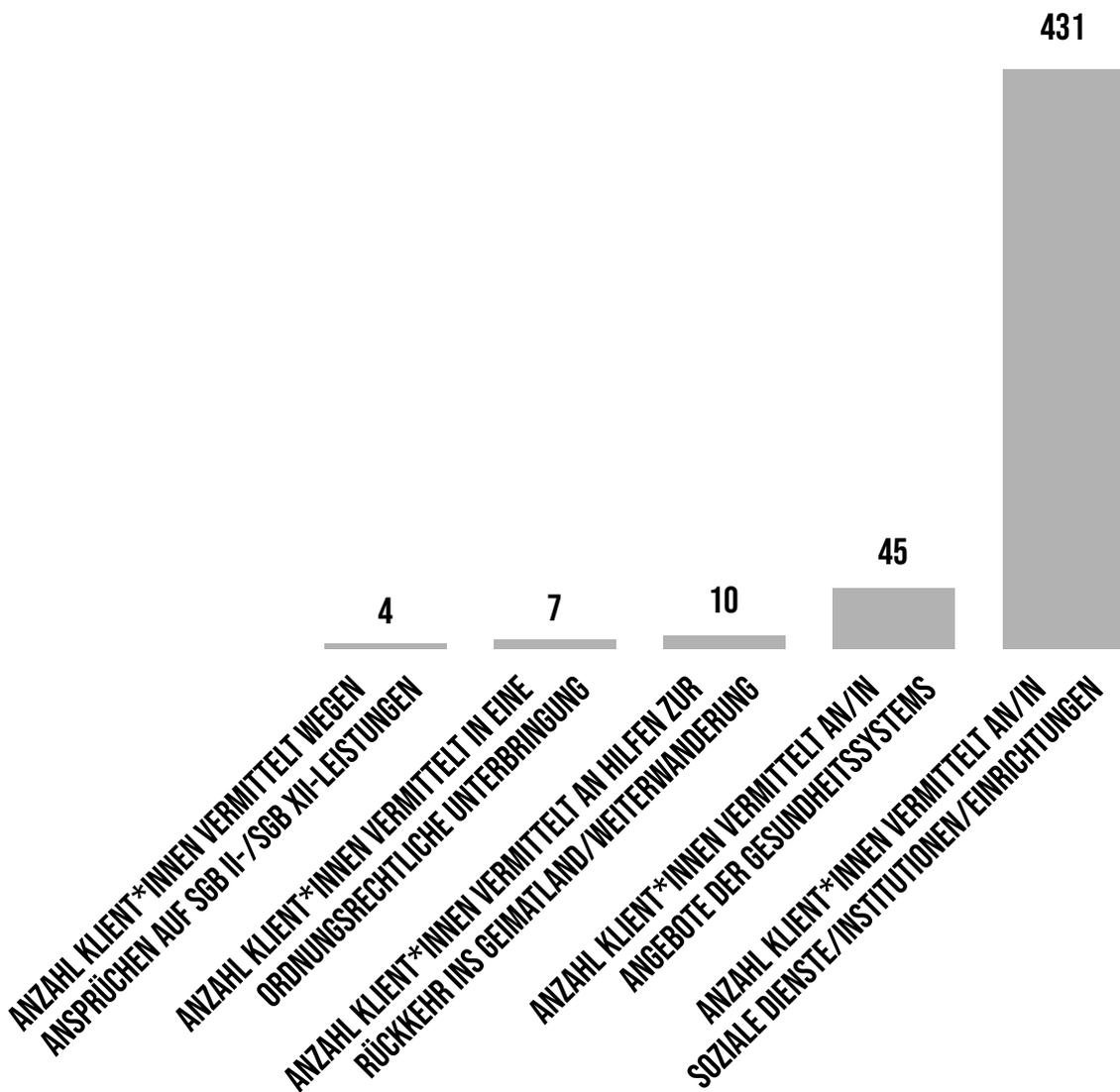
ANZAHL KLIENT*INNEN VERMITTELT AN FACHDIENSTE FÜR ARBEIT/BESCHÄFTIGUNG/QUALIFIZIERUNG ETC.	6
ANZAHL DER GESUNDHEITSEBERATUNGEN	6
ANZAHL VERMITTLUNGEN WEGEN UMSETZUNG VON ANSPRÜCHEN AUF SGB II-/SGB XII-LEISTUNGEN	10
ANZAHL VERMITTLUNGEN VON HILFEN ZUR RÜCKKEHR INS HEIMATLAND/WEITERWANDERUNG	10
ANZAHL VERMITTLUNGEN AN ORDNUNGSRECHTLICHE UNTERBRINGUNG	11
ANZAHL KLIENT*INNEN VERMITTELT AN/IN ANGEBOTE DES GESUNDHEITSSYSTEMS	64
ANZAHL BEGLEITETER KLIENT*INNEN	130
ANZAHL GELEISTETER BARBEIHILFEN/VERFÜGUNGSMITTEL (PASSFOTOS/FAHRSCHNEINE U.Ä.)	133
ANZAHL DER BEGLEITUNGEN	152
ANZAHL KLIENT*INNEN VERMITTELT AN/IN SOZIALE DIENSTE/INSTITUTIONEN/EINRICHTUNGEN	1.037
ANZAHL DER BERATUNGEN	6.371

2020 führten wir **6.371 Beratungen** durch, 517 mehr als 2019. Von den 1.910 Personen, mit denen wir im Berichtsjahr Kontakt hatten, haben wir **1.073 an soziale Dienste vermittelt**, also mehr als jede zweite Person. In spezialisierte Angebote vermittelten wir ins Gesundheitssystem 64 und an Fachdienste für Arbeit sechs Adressat*innen. Vermittlungen in ordnungsrechtliche Unterbringung fanden elf-, Vermittlungen zur Rückkehr ins Heimatland zehn-, Vermittlungen wegen Ansprüchen auf SGB II-/SGB XII-Leistungen ebenfalls zehnmal statt. **Rückläufig war die Anzahl der Begleitungen**, 126 weniger als

2019. Dies ist auf die teilweise Schließung von Behörden und Einrichtungen aufgrund der Corona-Pandemie zurückzuführen. Dies wirkte sich generell auch auf die Anzahl der Vermittlungen aus, da wir häufig angetroffene Adressat*innen nicht wie gewohnt vermitteln konnten. Dahingegen stellten wir im Vergleich zum Vorjahr **51 mehr Barbeihilfen** aus. **Auffällig ist, dass wir mehr Menschen beraten haben, die Berlin verlassen wollten.** Grundsätzlich haben wir Menschen mit mehrfachem Bedarf auch an Einrichtungen vermittelt, diese sind dann als Vermittlungen an soziale Dienste eingetragen.

ZIELERREICHUNG

Nicht von allen Adressat*innen bekommen wir Rückmeldung, ob sie tatsächlich an den Stellen waren, an die wir sie vermittelt haben. **Tatsächlich treffen wir einige nach einer Vermittlung nicht wieder. Von einigen bekommen wir ein Feedback.** Zudem wissen wir natürlich, ob die Menschen dort ankamen, wenn wir sie begleitet haben, als auch, wenn sie von unseren Telefonen dort selbst angerufen haben. Deshalb wissen wir von **497** Adressat*innen, was immerhin mehr als **ein Viertel aller angetroffenen Menschen** sind, dass sie die **von uns angebotenen Vermittlungen wahrgenommen** haben.



KAPITEL #7

Fazit und Ausblick

Im Jahr 2020 war in unserem Arbeitsbereich viel in Bewegung. Zwei neue Bezirke und ein neues Team wurden etabliert.

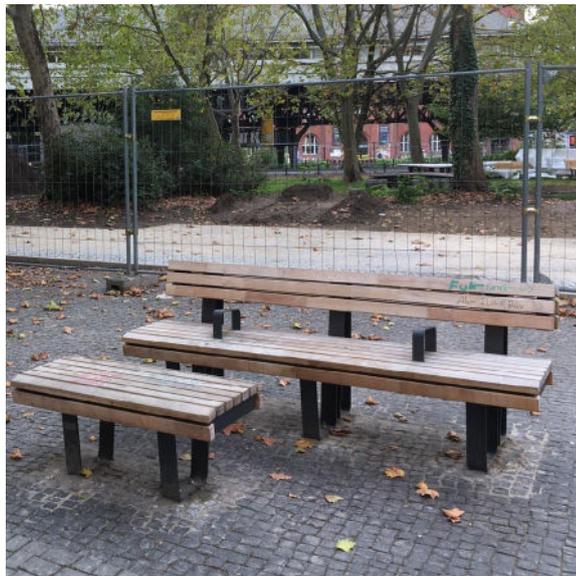
Die Organisationsaufgaben die sich aus der Umstrukturierung im Erwachsenenbereich ergaben, nahmen einige Energie in Anspruch. Dennoch konnten wir sowohl Kontakte zu Adressat*innen aufbauen und intensivieren als auch die neuen Regionen erkunden und unsere Arbeit und unser Angebot somit erweitern.

Ansonsten stand das Jahr 2020 wie wohl bei allen auch bei uns unter dem Motto Corona. Sowohl in der Arbeitsorganisation als auch vor allem in Bezug auf unsere Adressat*innen.

Durch Social Distancing brachen auf der Ebene der Arbeitsorganisation viele Vernetzungsmöglichkeiten weg. Online-Teamsitzungen und Quarantäne im Kollegium erschwerten unsere Arbeit.

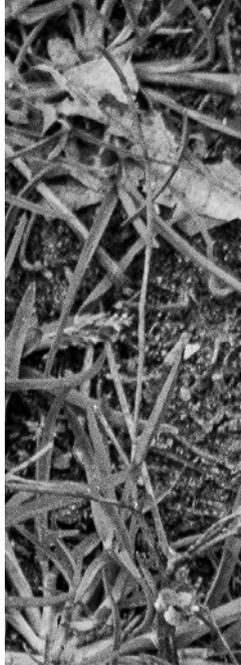
Viel dramatischer ist aber die Lage für die Adressat*innen. Viele Einrichtungen haben geschlossen. Alle öffentlichen oder halböffentlichen Orte zum Aufhalten und Aufwärmen

und Essen sind geschlossen. Es sind weniger Menschen unterwegs, was das Schnorren erschwert. Durch Social Distancing und Alkoholverbot im öffentlichen Raum wurde die prekäre Situation der Adressat*innen noch verschlimmert und sie mussten mit zusätzlichen Repressionen rechnen.



Doch muss man auch festhalten, dass es auch die ein oder andere positive Entwicklung gab. So wurden Hostels geöffnet zur Unterbringung. Der vereinfachte Zugang zum Arbeitslosengeld II im Jobcenter, sprich der Abbau einer hochschwelligigen Bürokratie hat es Menschen erleichtert, an ein Grundeinkommen und eine Krankenversicherung zu kommen.

Dennoch konnten wir auch im Jahr 2020 eine Verdrängungspolitik wahrnehmen, die es den Obdachlosen erschwert, überhaupt einen Platz zu finden. Als Antwort darauf riefen wir das Projekt „Die goldene Keule“ ins Leben, das im nächsten Jahr mit einer Preisverleihung des obdachlosenfeindlichsten Ortes zu Ende gehen wird.



Für 2021 wird sich die Frage der Entwicklung der Pandemie weiter stellen. Wir hoffen, dass unsere Adressat*innen, die als sehr gefährdete Gruppe eingeschätzt werden, im Impfplan Berücksichtigung finden und frühzeitig den Schutz bekommen, den sie dringend benötigen. Des Weiteren sind wir gespannt, inwiefern die kleinen Verbesserungen für unsere Adressat*innen beibehalten werden oder ob es nach der Pandemie heißt wieder zurück zur „Norm“ und Hostels nicht mehr für die Unterbringung angemietet werden und wieder zum hochschwelligem Zugang im Jobcenter zurückgekehrt wird. Zudem werden die Konsequenzen der Pandemie auch auf der Straße zu spüren sein. So erwarten wir einen Anstieg der Wohnungslosigkeit, da durch Jobverlust oder Kurzarbeit viele Menschen nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Miete zu bezahlen.

Wir wünschen uns, dass aus den Erfahrungen der Pandemie gelernt wird und die Bedürfnisse der Adressat*innen Beachtung finden und ihnen entgegengekommen wird, anstatt ihnen das ohnehin schwere Leben auf der Straße noch zu erschweren.



Das Leben ist
ein Wunschkonzert

Schöneberg

KAPITEL #8

Allgemeine Angaben

Abschließend erfolgt eine Übersicht von formalen Daten, die Aufschluss über unsere Erreichbarkeit und die personelle Besetzung der Drop Out Teams geben.

DROP OUT FOCUS



Bürostandort

Conrad-Blenkle-Straße 1
10407 Berlin

Email: dropout-focus@gangway.de



Andreas Abel, Diplom-Sozialarbeiter/-
Sozialpädagoge (FH)
Mobil: 0157 - 82 83 02 32



Aufgrund derzeitigen Situation (Pan-
demie) abweichende Präsenzzeiten

Montag:

13–16 Uhr Ostbahnhof (+Umgebung)
18–22 Uhr Bahnhof Zoo (+Umgebung)

Dienstag:

16–18 Uhr Bahnhof Lichtenberg
17–18:30 Uhr Ostbahnhof (+Umgebung)

Mittwoch:

1 –14 Uhr Bahnhof Zoo (+Umgebung)
14–17 Uhr Ostbahnhof (+Umgebung)

Donnerstag:

14–17 Uhr Bahnhof Zoo (+Umgebung)

Freitag: nach Bedarf

Sasa Djekic, Sozialarbeiter/Sozial-
pädagoge (Bachelor), Kultur, Ästhetik,
Medien i. A. (Master)
Mobil: 0176 - 60 16 80 16

Stefanie Seewald, Diplom- Sozial-
arbeiterin/ Sozialpädagogin (FH)
Mobil: 0157 - 82 83 02 34

Martyna Zielkowska, Soziale Arbeit
(Bachelor), Sozial - und Organisations-
pädagogin
Mobil: 0157 - 82 83 02 36



Sprachkenntnisse: Deutsch, Englisch,
Serbisch, Kroatisch, Bosnisch, Pol-
nisch

DROP OUT MITTE



Bürostandort

Schumannstraße 5
10117 Berlin
Email: dropout-mitte@gangway.de



Julia Schenker, Pädagogik (Bachelor), Soziale Arbeit (Bachelor)
Mobil: 0157 - 82 83 02 38

Sarah Kienreich, Soziale Arbeit (Bachelor) | Mobil: 0176 - 56 79 82 65

Tino Kretschmann, Diplom- Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge
Mobil: 0176 - 15 28 30 20



Sprachkenntnisse: Türkisch,
Deutsch, Englisch



Aufgrund der derzeitigen Situation (Pandemie) können die Präsenzzeiten abweichen.

Montag:

13–16 Uhr Alexanderplatz und Umgebung

Dienstag:

12–15 Uhr Hauptbahnhof und Umgebung

Mittwoch:

13–16 Uhr Alexanderplatz und Umgebung
ab 16.30 Uhr Kurfürstentempelhof (Kurfürstenstraße
Ecke Frobenstraße)

Donnerstag:

15–18 Uhr Hauptbahnhof und Umgebung
Ab 18 Uhr Kurfürstentempelhof (Kurfürstenstraße
Ecke Frobenstraße)

Freitag: nach Bedarf

DROP OUT NEUKÖLLN



Bürostandort

Lahnstraße 25
12055 Berlin
Mail: dropout-neukoelln@gangway.de



Cengiz Tanriverdio, Diplom-Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge
Mobil: 0157 - 82 83 02 39

Sven Hoffmann, Soziale Arbeit (Bachelor) | Mobil: 0176 - 74 74 66 40

Tabea Lenk, Soziale Arbeit (Bachelor) | Mobil: 0176 - 85 63 69 25



Sprachkenntnisse: Türkisch,
Deutsch, Englisch



Aufgrund der derzeitigen Situation (Pandemie) können die Präsenzzeiten abweichen.

Montag:

Rundgang Hermannstraße und S+U Neukölln und Umgebung

Dienstag:

Rundgang Hermannplatz, Hasenheide und Umgebung

Mittwoch:

Rundgang Hermannstraße, Hasenheide und Umgebung

Donnerstag:

Rundgang S+U Neukölln, Hasenheide und Umgebung

Freitag: nach Bedarf

DROP OUT XHAIN



Bürostandort

Waldemarstraße 57
10997 Berlin
Email: dropout-xhain@gangway.de



Aufgrund derzeitigen Situation (Pandemie) können die Präsenzzeiten abweichen

Montag: Friedrichshain Nord
Dienstag: Kreuzberg 36
Mittwoch: Kreuzberg 61
Donnerstag: Friedrichshain Süd & Görlitzer Park
Freitag: Nach Bedarf



Sprachkenntnisse: Deutsch, Englisch, Polnisch, Russisch, Rumänisch, Spanisch

DROP OUT SPREE



Montag–Sonntag

nach Bedarf Rundgänge im gesamten Bezirk Treptow-Köpenick



Sprachkenntnisse: Deutsch, Englisch



Ana Maria Illisiu, Soziale Arbeit (Bachelor) | Mobil: 0176 - 76 71 69 33

Lena Bolczek, Soziale Arbeit (Bachelor) | Mobil: 0162 - 75 00 85 7

Manuel Eigmann, Soziale Arbeit (Bachelor), Intercultural Conflict Management (Master) | Mobil: 0157 - 82 83 02 35

Zuza Maczynska, Soziale Arbeit i. A. (Bachelor) | Mobil: 0151 - 71 24 54 76

Matti Jaiteh, Soziale Arbeit (Bachelor) | Mobil: 0179 - 43 98 023



Axel Illesch, Diplom-Sozialarbeiter/ Sozialpädagoge | Mobil: 0157 - 82 83 02 33

Anja Piotrowski, Diplom-Sozialarbeiterin/-Sozialpädagogin | Mobil: 0157 - 82 83 02 31

GANGWAY –
STRASSENSOZIALARBEIT IN BERLIN E.V.

SCHUMANNSTR. 5 | 10117 BERLIN
TEL: 030 283023-0
FAX: 030 283023-19

WWW.GANGWAY.DE

FB: GANGWAYEV | IG: GANGWAY_EV
TW: GANGWAYEV | YT: GANGWAY BERLIN

GANGWAY_{E.V.}
Straßensozialarbeit in Berlin